

Kurzmeldungen 10/22

Michail Gorbatschow ist gestorben

Michail Gorbatschow, letzter Staatschef der früheren Sowjetunion, verstarb am 30.8.22 im Alter von 91 Jahren. Die Nachricht vom Tod des früheren sowjetischen Staatschefs Gorbatschow hat weltweit Trauer ausgelöst. Zahlreiche Politiker würdigten seinen Beitrag für das Ende des Kalten Krieges.

Russland habe dank Gorbatschow den Versuch unternehmen können, eine Demokratie zu etablieren. Nun sei er in einer Zeit gestorben, in der nicht nur die Demokratie in Russland gescheitert ist, sondern in der der russische Präsident Wladimir Putin neue Gräben in Europa ziehe, so Bundeskanzler Scholz. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen: Er ebnete den Weg für ein freies Europa. Dieses Vermächtnis werden wir nie vergessen.

Quelle: Seine Worte haben uns stark gemacht, 31.8.22

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/gorbatschow-tod-reaktionen-101.html>

Andrey Gurkov, Journalist in der russischsprachigen Redaktion der Deutschen Welle: Gorbatschow wollte nicht die Sowjetunion zerfallen lassen, sondern den Sozialismus verbessern. Die Weltöffentlichkeit sieht als Ergebnis seiner Politik in erster Linie die Beendigung des Kalten Krieges und die Aufhebung der Teilung Europas.

In Litauen erinnert man sich auch an den Versuch, die Unabhängigkeitsbewegung niederschlagen zu lassen. In Georgien wurde im April 1989 eine friedliche Demonstration in Tbilissi brutal und mit vielen Todesopfern auseinandergejagt.

Die Russen sehen vor allem, den Verlust der imperialen Größe und den Zerfall des Landes. Die Perestrojka und Glasnost der Sowjetunion, die er geformt hat, ist zerstört.

Quelle: Erinnerung an Gorbatschow "In gewisser Weise eine tragische Figur", 31.8.22

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/gorbatschow-interview-101.html>

Das Ende der Sowjetunion haben viele Russen nicht als Triumph der Demokratie, sondern als Demütigung empfunden. Man sah in der Berliner Mauer zum Teil ein Symbol der eigenen Stärke. Sie hatte in der Vorstellung der Menschen in Russland nichts mit Deutschland zu tun, sondern mit einer Bastion gegen den Westen. Heute denken die einen geopolitisch, die anderen nostalgisch.

Die meisten Menschen in Russland haben keine Einsicht in die Reformprozesse der frühen Neunzigerjahre gehabt und sehen vor allem, wie sich seitdem die Gegensätze zwischen Arm und Reich und die Korruption ausgebreitet haben.

Quelle: Russland und die Deutsche Einheit "Wir haben den Kalten Krieg verloren", 3.10.19

<https://www.tagesschau.de/ausland/russland-deutsche-einheit-101.html>

Das letzte TV-Interview mit Michail Goratschow drehte Vitaly Mansky 2020. Vitaly Mansky ist ein mutiger Bürgerrechtler und protestierte in Moskau gegen das Nervengift-Attentat auf den russischen Oppositionspolitiker Alexej Nawalny am 20. August 2020. Er lebt heute im Exil in Riga in Lettland.

Gorbatschow lebt seit dem Tod seiner Ehefrau Raissa am 20.9.1999 alleine. Michail Sergejewitsch Gorbatschow war der Architekt von Glasnost (Offenheit) und Perestrojka (Umgestaltung) und brachte den meisten Bürgern des Ostblocks Freiheit und zum Teil Demokratie. Als er am ersten Weihnachtstag 1991 seinen Rücktritt als Präsident der Sowjetunion erklärte, war das das Ende der Sowjetunion. Für manche – beispielsweise für Wladimir Putin – war dies die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts.

Quelle: „Gorbatschow. Paradies“ verfügbar bis 28.2.23 auf Arte, Dauer : 101 min.
<https://www.arte.tv/de/videos/092996-000-A/gorbatschow-paradies/>

Ein russischer General, der Sicherheitsberater von Gorbatschow im Kreml war, sagte zu Franz Alt: „Gorbatschow ließ sich Ihr Buch übersetzen. Wir werden in der Sowjetunion jetzt eine Politik im Geiste der Bergpredigt machen und mit dem Wettrüsten aufhören, weil es einfach keinen Sinn mehr macht und gefährlich ist.“

80% aller Atomwaffen wurden verschrottet. Die Hauptgefahr eines Atomkriegs war beseitigt. Das war tatsächlich der Vorschlag im Bergpredigtbuch von Franz Alt: Einer muß anfangen, aufzuhören. Gorbatschow war der Sohn eines russischen Vaters und einer ukrainischen Mutter. Auch seine Frau Raissa war Ukrainerin.

Erst vor wenigen Wochen schrieb Gorbatschow einen Artikel für die Zeitung „Russia Global Affairs“, in dem er schreibt: „Keine Herausforderung oder Bedrohung, der die Menschheit im 21. Jahrhundert gegenübersteht, kann militärisch gelöst werden. Kein großes Problem kann von einem Land oder einer Gruppe von Ländern im Alleingang gelöst werden.“

Er selbst hat 1991 durch seinen freiwilligen Rücktritt in Russland wahrscheinlich einen Bürgerkrieg verhindert. Er selbst sagte dazu: „Mein Rücktritt war meine wichtigste politische Entscheidung.“ Er war der außergewöhnlichste Friedensstifter unserer Zeit. Beim letzten Treffen mit Franz Alt sagte der ehemalige Kommunistenchef und spätere Sozialdemokrat, er sei überzeugt, daß die Bergpredigt Jesu das effizienteste Überlebensprogramm der Menschheit sei. Das habe er so von einem christlichen Politiker noch nie gehört. Wir alle können viel lernen von Michail Gorbatschow.

Quelle: Franz Alt: Friedensstifter Michail Gorbatschow ist tot, 31.8.22

<https://www.sonnenseite.com/de/franz-alt/kommentare-interviews/friedensstifter-michail-gorbatschow-ist-tot/>

Global Affairs <https://eng.globalaffairs.ru/articles/perestroika-and-new-thinking/>

"Die entfesselte Kraft des Atoms hat alles verändert - nur nicht unsere Art zu denken, und so treiben wir auf eine Katastrophe ohnegleichen zu. Eine neue Art von Denken ist notwendig, wenn die Menschheit weiterleben will." Dies schrieb am 24. Mai 1946, also ein Dreivierteljahr nach dem Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki, Albert Einstein, der seinerseits an der "entfesselten Kraft des Atoms" nicht ganz unschuldig war.

Am 15. Januar 1986 verlas der damalige Generalsekretär der KPdSU eine Erklärung, die in konkreten und realisierbaren Teilinitiativen den Weg zu einer atomwaffenfreien Welt bis zum Jahre 2000 wies.

Atombomben sind längst wieder salonfähig, eine neue "nuklearer Teilhabe" wird diskutiert, obwohl die gegenwärtig weltweit gelagerten 15.800 Atombomben zusammen noch über eine Sprengkraft von rund zweitausendfünfhundert Zweiten Weltkriegs verfügen. Das Abrüstungspolitische Erbe Michail Gorbatschows, die sensationelle praktische Konsequenz seines Neuen Denkens wurde in den letzten zwei Jahrzehnten mit voller Wucht mutwillig an die Wand gefahren.

Eine Friedensbewegung regt sich erst zaghaft, wie beispielsweise in Gestalt der 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Internationalen Kampagne für die Ächtung und Abschaffung von Atomwaffen (ICAN).

Quelle: Globalbridge 5.9.22, Das politische Vermächtnis Michail Gorbatschows von Leo Ensel, <https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/014420.html>

Gorbatschow rechtfertigte die Sezession der Krim mit dem von ihm selbst stets respektierten Selbstbestimmungsrecht der Völker und warf den USA vor, die Vereinten

Nationen und den Sicherheitsrat an den Rand zu drängen und mit der Entfesselung eines neuen - auch atomaren - Wettrüstens nach militärischer Überlegenheit zu streben, um der ganzen Welt ihren Willen aufzuzwingen.

Das Ende des INF-Vertrages geht laut Gorbatschow eindeutig auf das Konto der USA (mit Trump als Präsident). Ebenso wie die Weigerung, den Vertrag über das Verbot von Nuklearversuchen zu ratifizieren, und der Rücktritt vom ABM-Vertrag über die Beschränkung von Raketenabwehrsystemen."

Die USA hätten Russland im Bereich der Mittelstreckenraketen "angebliche Vertragsverstöße vorgeworfen, die selbst für Experten schwer nachvollziehen sind. Und all dies im Ton eines Ultimatums." Die Folgen sind alarmierend.

<https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/014425.html>

Was Gorbatschow tat, erforderte großen Mut. Gorbatschow bekämpfte Alkoholismus, Korruption und Schlendrian im Land, legte sich mit Partieliten an, versuchte den Abschied von der Planwirtschaft. Er hatte eine außerordentlich intensive Wahrnehmung der wirklichen Lage im Land.

Und doch verdanken wir nicht seinem Mut und seiner Klarsicht die deutsche Einheit, sondern seinem Scheitern. Das Sowjetsystem war nicht zu retten, es war in sich falsch und faul und nicht reformierbar.

[Anmerkung: Gorbatschow hatten die Möglichkeit einer Wiedervereinigung Deutschlands schon zu Beginn seiner Amtszeit durchblicken lassen.]

Quelle: Publik Forum 17/22, Wolfgang Thierse: „Auch ihn bestrafte das Leben“

Hans Mausbach gestorben

Prof. Dr. Hans Mausbach ist am 9.9.22 in Frankfurt im Alter von 86 Jahren gestorben. Sein uneigennütziger und mutiger Einsatz für eine demokratische, soziale und humane Medizin war für viele ein großes Vorbild. Er hat 1970 mit dem Film „Halbgott in Weiß“ die Ärzteschaft aufgemischt.

In diesem Horrorszenario wagte es Hans Mausbach, Stationsarzt der Chirurgischen Klinik des Frankfurter Nordwestkrankenhauses, in einem Fernseh-Interview zu berichten, daß es Experimente an Menschen gäbe, die davon nichts wüßten, daß kommerzielle Interessen mitunter sogar in Operationsentscheidungen einfließen würden und daß Gefälligkeitspublizistik für die pharmazeutische Industrie mit Kranken als Versuchsobjekten ganze pseudowissenschaftliche Bibliotheken füllen würde. Er berichtete von Untertanengeist, Demütigungen und Karrieristentum.

Am nächsten Tag degradierte ihn sein Chefarzt vor versammelter Mannschaft auf eine untergeordnete Assistentenstelle. Er wurde beschimpft, er wurde entlassen, er wurde aus der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie ausgeschlossen.

Quelle: Verein demokratischer Ärzt*innen

<https://www.vdaeae.de/index.php/1230-hans-mausbach>

<https://www.fr.de/meinung/kolumnen/der-unbeugsame-91793541.html>

<https://www.ardmediathek.de/video/panorama/der-fall-mausbach/das-erste/>

<https://www.ardmediathek.de/video/panorama/der-fall-mausbach/das-erste/Y3JpZDovL25kci5kZS8xN2VmMjNhYS1jMDIhLTRjODUtOTAyZC1INGI1OWJkNDA1MTM>

Anne Applebaum über Putin

Die Historikerin Anne Applebaum sieht in Putins Russland eine Diktatur mit einem Anführer, der nicht ausgetauscht werden kann. Es gibt keine geregelte Nachfolge. Es gibt keinen legitimen Weg, ihn zu kritisieren. Und es gibt keine Möglichkeit Widerspruch zu

zeigen. Jede Form der Opposition ist heute in Russland verboten, genau so wie alle Arten von Nichtregierungsorganisationen.

Man kann sagen, daß Russland ein faschistisches Land geworden ist. Die Propaganda gegen die Ukraine ist genozidal. Der Ukraine soll ausgelöscht werden und sei kein richtiges Land. Russische Soldaten begehen Kriegsverbrechen und Gräueltaten in der Ukraine. Die russische Führung setzt auf Mobilmachung und rekrutiert auch in Gefängnissen. Putin verwendet eindeutig Taktiken und Techniken aus Hitlerdeutschland - beispielsweise die Verwendung des Z-Symbols anstelle der Hakenkreuze oder organisierte Marschgruppen, um die Menschen zu überzeugen, daß die Gesellschaft zusammensteht, daß der Staat geeint ist und daß es keinen Sinn hat, sich von ihm abzusetzen und Kritik zu üben. Er benutzt aber auch Taktiken aus der Sowjetzeit, um gegen jede Form der Zivilgesellschaft vorzugehen. Deshalb wird jeder Versuch, diesen Krieg zu beenden erst dann beginnen, wenn Russland besiegt ist oder selbst das Gefühl hat, daß es den Krieg verlieren könnte.

Ein Teil der russischen Propaganda sind Geschichtsfälschungen, wie früher in der autoritären faschistischen und sowjetkommunistischen Propaganda. Die Idee ist, den Menschen ein falsches Gefühl für die Vergangenheit zu vermitteln, um sie zu kontrollieren. Putin erklärt Russland als ein Imperium, als einen Raum, den es weiter dominieren soll.

Quelle: Kontraste, 13.8.22 <https://www.tagesschau.de/russland-diktatur-applebaum-101.html>

Starlink-System

Mitte Mai beförderte die Musk-Firma SpaceX per konzerneigener Trägerrakete 53 kleine Satelliten in den Orbit. Es war der dritte derartige Start innerhalb von fünf Tagen und der 21. Start in diesem Jahr. Die Flugkörper bilden ein Netzwerk. Bis Ende 2021 zählte man bereits rund 1800. Das ist nur ein Anfang. Musk hat die Genehmigung für 12 000 Starlink-Raumflugkörper, weitere 30.000 sind beantragt.

Am 26. Februar wandte sich der ukrainische Vizepremier Mykhailo Fedorov an den Starlink-Chef und bat um Starlink-Bodenstationen. Die Antwort folgte nach nicht einmal einer halben Stunde; zwei Tage später trafen die ersten Geräte in der Ukraine ein. Inzwischen soll es in der Ukraine über 10 000 dieser kleinen Terminals geben. Fast 4000 lieferte SpaceX, 1300 weitere kamen als Hilfslieferungen der Entwicklungshilfebehörde USAID ins Land. Anfang Mai teilte Fedorov mit, daß Starlink in der Ukraine täglich 150 000 User habe.

Das System ist unentbehrlich für Einsatz der ukrainischen Artillerie und diverser Drohnen. Grundsätzlich verfügen die russischen wie die ukrainischen Einheiten über die gleiche Artillerietechnik. Sie stammt aus Sowjetzeiten und basiert zumeist auf dem Einsatz von Bodenradar, das Zieldaten liefert. Sie sind relativ ungenau, weshalb die massiert aufgestellten russischen Batterien meist große Gebiete über einen relativ langen Zeitraum unter Feuer nehmen – was viele Kollateralschäden und zivile Opfer fordert.

Die ukrainische Armee dagegen stellt – um die Verluste bei Gegenfeuer zu minimierten – ihre Batterien dezentral auf, faßt deren Feuer aber dennoch zusammen. Dazu kombiniert man eigene Software-Systeme mit Starlink-Kommunikation. Russland versucht, das System zu hacken, doch Starlink konnte »allen Hacking- und Störungsversuchen widerstehen«, sagt Elon Musk.

Der Krieg in der Ukraine wird – so wie zuvor der in Syrien – von Rüstungs- und Militärexperten in zahlreichen Ländern beobachtet und analysiert. Auch China zieht seine Schlussfolgerungen. Dort begegnet man dem Starlink-System von Anfang an mit großem

Mißtrauen. Schon weil die Pekinger Meister der Zensur nicht beglückt sind von der Möglichkeit eines unkontrollierbaren Internetzugangs für ihre Untertanen.

Bereits 2019 und 2021 erhielt SpaceX Mittel von der US Air Force, um zu testen, wie man den Einsatz von Kampffjets mit Starlink-Hilfe koordinieren kann. 2020 unterzeichnete die US Army eine Vereinbarung mit SpaceX über die Nutzung des Starlink-Breitbandnetzes zur Übertragung von Gefechtsfelddaten. Im selben Jahr erhielt SpaceX einen 150-Millionen-Dollar-Vertrag zur Entwicklung militärischer Satelliten, die die globale Kampffähigkeit der US-Truppen verbessern.

Quelle: Elon Musks Starlink-System, von René Heilig, 1.7.22

<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1164995.ukraine-krieg-wie-auf-erden-so-im-kosmos.html?sstr=rene|heilig|musk>

Auf Twitter warnt Musk immer wieder vor einer weiteren Eskalation des Krieges und spricht sich für territoriale Zugeständnisse der Ukraine aus, um den Krieg zu beenden. Schließlich hat SpaceX angedeutet, dass die Kosten womöglich nicht länger geschultert werden könnten.

Zwar hat Elon Musk angekündigt, dass Starlink nun doch weiterhin und unbegrenzt zur Verfügung gestellt werden soll. Das US-Verteidigungsministerium prüft, ob die anfallenden Kosten übernommen werden sollen. Die Europäische Union und mehrere EU-Mitgliedsstaaten haben auch zugesagt, dafür Geld zur Verfügung stellen zu wollen. Musk hat dann nach einigem Hin und Her doch noch versichert, die anfallenden Kosten unbegrenzt übernehmen zu wollen.

Quelle: <https://www.heise.de/news/Starlink-fuer-die-Ukraine-EU-prueft-Uebernahme-der-laufenden-Kosten-7311340.html>

zum Atomwaffeneinsatz

Der Journalist Andreas Zumach stellt fest, der Krieg in der Ukraine zeige, daß die atomare Abschreckung keinen Krieg verhindere, sondern ihn ermögliche. Faktisch begrenze das atomare Arsenal Russlands den Beistand, den die Ukraine erhalte. Russlands konventioneller Krieg in der Ukraine finde unter einer Art atomarem Schirm statt.

Im Krieg in und um die Ukraine ist allerdings eine weitere Eskalation bis hin zu einem Atomwaffeneinsatz nicht ausgeschlossen. Auch die NATO bekräftigt in ihrem neuen „Strategischen Konzept 2022“ die atomare Abschreckung und damit die Bereitschaft zur Drohung mit und zum Einsatz von Atomwaffen.

Quelle: Lebenshaus Schwäbische Alb – Gemeinschaft für Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V. , 6.7.22, <https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/aktionen/014332.html>

Stellungnahme zum Ukrainekrieg von Militärstrategen

Der Angriffskrieg Russlands sei mehrere Jahre systematisch geplant und vorbereitet worden. Auslöser der russischen Aggressionspolitik war der Wunsch nach Festigung der Herrschaft über einen großrussischen Imperialismus, der auf die militärische Unterwerfung von Nachbarstaaten und die Zerstörung westlicher Gesellschaften, demokratischer politischer Systeme und internationaler Institutionen (NATO, EU) abzielt. Russlands Vorgehen stellt einen Gegenentwurf zur Europäischen Union dar. Das Ultimatum Russlands an die NATO und an die USA im Dezember 2021 war ein klares Signal, daß eine größere Militäroperation bevorstand.

Das Potential der russischen Streitkräfte steckte im Februar zum Großteil (zwei Drittel) in den etwa 120 bataillonstaktischen Gruppen, die in die Ukraine einmarschierten. Diese Truppen sind seither drastisch dezimiert worden und wurden teilweise durch Reservisten

aufgefüllt. Die Umstellung der Kriegsziele im April signalisierte, daß mit begrenzten Kräften versucht werden sollte, zumindest im Donbass eine Entscheidung zugunsten des Aggressors herbeizuführen. Mittels des unablässigen Einsatzes russischer Artillerie, gegen die die Ukraine keine wirklich wirksamen Waffen hat, ist es den russischen Kräften binnen zehn Wochen gelungen, begrenzte Geländegewinne unter enormen eigenen Verlusten machen.

Die Ukraine hat auch erhebliche Verluste hinnehmen müssen. Insgesamt wehrten sich die Ukrainer aber viel effektiver als vorhergesagt. Der westlichen Staatengemeinschaft bleibt derzeit keine andere Option, als der Ukraine militärisch und wirtschaftlich massiv unter die Arme zu greifen. Militärisch sind vor allem Feuerkraft und Gegenangriffsfähigkeit ihrer Streitkräfte zu stärken, um einen Diktatfrieden abzuwenden und Zeit für die Wirkungsentfaltung der Sanktionen zu gewinnen.

Solange Russland die völlige Unterwerfung der Ukraine mit Waffengewalt durchsetzen will, besteht für eine seriöse diplomatische Lösung derzeit kein Spielraum. Auf keinen Fall dürfen die Souveränität und Freiheit anderer Völker Gegenstand westlicher Verhandlungsangebote sein. Der durch Russland ausgelöste Krieg bedeutet eine fundamentale Bedrohung der europäischen Sicherheit.

Sollte die Ukraine diesen Krieg verlieren, muß damit gerechnet werden, daß Russland weitere regionale Kriege plant, um die europäische Sicherheitsordnung zu zerstören.

Die enorme Abnutzung der russischen Berufarmee dürfte erst nach einigen Jahren wieder behoben sein. Dieser Prozess kann durch die strikte Aufrechterhaltung westlicher Sanktionen verlangsamt werden.

Der Angriff Russlands zeigt, daß auch Mitglieder der NATO Objekt einer militärischen Aggression werden können. Deshalb muß der Aufbau einer Verteidigungsstrategie für den Ostseeraum (insbesondere für Polen und die baltischen Staaten) hohe Priorität haben.

Die westlichen Staaten müssen sich vollständig von fossiler russischer Energie unabhängig machen. Die zu erwartenden Knappheit bei Erdgas und die wirtschaftlichen und sozialen Folgen über die nächsten zwei Jahre werden sehr schwierig werden.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine und die kaum verhüllte Sympathie Chinas für die Position Russlands lassen erkennen, daß wir uns in einer Phase befinden, in der sich die demokratischen Staaten einer Allianz machtvoller autoritärer Regime gegenübersehen, die die freiheitliche, regelbasierte und auf der Zusammenarbeit bei der Lösung globaler Probleme beruhende internationale Ordnung beseitigen wollen.

Quelle: FAZ, 14.7.22 „Putins Politik nicht belohnen“

Getreideexporte über das Schwarze Meer

50 Millionen Menschen stehen laut UN-Welternährungsprogramm in Afrika kurz vor einer Hungersnot, 750.000 drohen in einigen Ländern Afrikas zu verhungern.

Die Kriegsgegner Ukraine und Russland unterzeichneten deshalb am 22.7.22 unter UN-Vermittlung jeweils getrennt mit der Türkei ein Abkommen, um von drei Häfen Getreideausfuhren aus der Ukraine zu ermöglichen. Die drei für die Getreideausfuhr bestimmten Häfen der Ukraine sind Odessa, Tschornomorsk und Piwdenny. In Istanbul soll eine Koordinierungszentrale eingerichtet werden, in der alle beteiligten Länder zusammenarbeiten. Kontrollen sollen offenbar bei Bedarf in türkischen Gewässern von "gemeinsamen Gruppen" übernommen werden.

Nur einen Tag nach der Unterzeichnung eines Abkommens zur Ausfuhr von Getreide und anderer landwirtschaftlicher Güter hat Russland den Hafen von Odessa mit Raketen angegriffen, so daß das Abkommen zu scheitern drohte.

Zwei Drittel des auf dem Seeweg von der Ukraine über das Schwarze Meer exportierten Getreides seien für Asien, Afrika und den Nahen Osten bestimmt. Bis Anfang September

hatten 100 Schiffe mit Lebensmitteln haben Ukraine verlassen, sagte der türkische Verteidigungsminister Hulusi Akar der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu zufolge. Agrarexporte über die ukrainischen Schwarzmeerhäfen waren wegen des russischen Angriffskriegs monatelang blockiert.

<https://www.n-tv.de/politik/20-07-EU-will-Ukraine-mit-weiteren-fuenf-Milliarden-Euro-unterstuetzen--article23143824.html> 20.7.22

<https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-getreide-abkommen-hungerkrise-1.5626340> 22.7.22

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ukraine-russland-konflikt-blog-100.html>, 8.9.22

<https://www1.wdr.de/nachrichten/ukraine-odessa-angriff-getreide-100.html> 24.7.22

Foltergefängnisse in der von Russland besetzten Ukraine

Im Gefangenenlager Oleniwka sollen Kriegsgefangene gefoltert und lebendig verbrannt worden sein. Die Ukraine wirft Russland vor, einen Sprengsatz in einem Gebäude des Gefangenenlagers gezündet zu haben, um systematische Folter zu vertuschen. Russland hingegen wirft der Ukraine vor, das Gefängnis beschossen zu haben. Der Name Oleniwka tauchte bereits 2015 in einem Bericht über Foltergefängnisse im besetzten Donbass auf. Mehr als 70 solcher Orte sind bisher bekannt.

Die Menschenrechtlerin Oleksandra Matwijtschuk habe mit Hunderten Überlebenden gesprochen und sie haben mir erzählt, wie sie geschlagen wurden, wie sie vergewaltigt wurden, wie ihnen die Finger abgeschnitten wurden, wie sie in Holzkisten gesperrt wurden, wie sie mit Strom gefoltert wurden." Eine Frau habe ihr erzählt, dass man ihr mit einem Löffel die Augen ausgestochen hat.

International bekannt ist vor allem das Gefängnis Isolazija - errichtet auf dem Territorium einer Fabrik für Isoliermittel in Donezk. Nach der Besetzung von Teilen der Region Donezk errichteten die pro-russischen Separatisten hier eine Militärbasis und ließen die Häftlinge für sich arbeiten, erklärt Menschenrechtlerin Matwijtschuk weiter. Dort habe man jahrelang Männer und Frauen in einem Gefangenenlager gefangen gehalten und "wie Sklaven" benutzt. Terror und Folter seien ein gezieltes Instrument der russischen Besatzungstruppen und ihrer Handlanger, um die Kontrolle über die Bevölkerung zu bewahren. Dieser Vorwurf wird von den Erzählungen anderer ehemaliger Insassen untermauert. Der ukrainische Journalist Stanislaw Assjew war über zwei Jahre im Isolazija-Gefängnis inhaftiert. Auch er berichtet von schwerer Folter.

Die Machtstruktur der sogenannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk sind kriminelle Enklaven, kontrolliert von kriminalisierten Gruppen sogenannter Separatisten. Es gehe dort um einen Krieg zwischen Gangstern, um die Kontrolle von Territorien und Geld. Es seien Kriege um die profitabelsten Geschäfte oder Unternehmen gewesen. "Es kann inhaftiert werden, wer ein Geschäft besitzt, das jemand anderes haben will. Es kann viele Gründe für eine Verhaftung geben.

90 Tage verbrachte ein 16-Jähriger in der Ukraine in russischer Gefangenschaft. Er berichtet Schockierendes. Einmal inhaftiert gelten Betroffene als praktisch schutzlos. Internationale Organisationen oder unabhängige Beobachter erhalten seit Jahren keinen Zutritt zu den Haftanstalten in den von Russland besetzten Gebieten. Auch für Angehörige gibt es kaum eine Möglichkeit, verschwundene Verwandte zu finden und Kontakt mit ihnen aufzunehmen.

Jetzt berichten Menschenrechtler, dass die russischen Truppen das gleiche System erneut anwenden - in den neu besetzten Gebieten im Süden der Ukraine.

Quelle: WDR, Foltergefängnisse im Donbass "Sie flehten, dass es aufhört" 8.8.22

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/foltersystem-russlands-ukraine-101.html>

Biden wußte von russischen Invasionsplänen in der Ukraine

Aus einem Exklusivbericht der Washington Post geht hervor, daß US-Präsident Joe Biden und hochrangige US-Regierungsbeamte bereits im Herbst 2021 von Putins Plänen für eine groß angelegte Invasion in der Ukraine wußten. Putin wollte nur noch einen Rumpfstaat im Westen als Ukraine überleben zu lassen.

Washington Post, 16.8.22, „The Post examined the lead-up to the Ukraine war.“

<https://www.washingtonpost.com/national-security/2022/08/16/ukraine-road-to-war-takeaways/>

Durch den Angriff auf den Krim-Flughafen bei Saky verlor die russische Marine-Luftwaffe acht oder mehr ihrer am Boden geparkten Maschinen, ihre Einsatzfähigkeit hat darunter stark gelitten.

Die Ukraine hat die Rückeroberung aller russisch besetzten Gebiete samt der Krim zum Kriegsziel erklärt.

Quelle: <https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-erdogan-selenskij-friedensdiplomatie-1.5640718> , 18.8.22

Ukraine setzt Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus

Wie das ukrainische Verteidigungsministerium vor wenigen Tagen der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung mitteilte, wurde aufgrund des Kriegsrechts das in der Ukraine bestehende Recht auf Kriegsdienstverweigerung ausgesetzt. Fälle von Verurteilungen nach Artikel 336 des ukrainischen Strafgesetzbuches wegen Militärdienstentziehung und ähnlicher Delikte führen zu Urteilen auf 3 Jahre Haft auf Bewährung. Von Januar bis Juli 2022 wurden fast 5.000 Verfahren wegen Artikel 336 und ähnlicher Straftaten eröffnet, 2.500 mehr als drei Monate zuvor.

Quelle: <https://de.connection-ev.org/article-3613>, 5.9.22

AKW Saporischschja gefährdet

Die Atomenergiebehörde legt nach ihrem Besuch einen Bericht über die Lage im Atomkraftwerk vor. Sie fordert eine entmilitarisierte Zone -und ein sofortiges Ende des Beschusses. Doch der hört nicht auf. Auch während die IAEA-Fachleute letzte Hand an ihren Bericht legten, gingen die Artilleriegefechte weiter: Allein in der Nacht zu Montag sei die Gegend um die Stadt Nikopol gegenüber dem AKW Saporischschja von drei Salven russischer Grad-Raketen getroffen worden.

Anders als es Kiew offiziell darstellt, schießen die Ukrainer auch regelmäßig zurück, am 20. Juli auch auf eine russische Stellung auf dem Gelände des Atomkraftwerkes selbst.

Quelle: <https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-atomkraftwerk-saporischschja-iaea-bericht-1.5652334> , 6.9.22

Flucht aus Russland

Was viele Russen im wehrfähigen Alter befürchtet haben dürften, ist eingetreten: Der russische Staatspräsident hat die Teilmobilmachung der Bevölkerung angeordnet. Dies könnte zu einer erhöhten Nachfrage nach Flugverbindungen ins Ausland geführt haben. Bereits wenige Minuten nach der Verkündung waren Tickets für die verbliebenen Verbindungen von Russland in andere Länder ausverkauft. Andere verteuerten sich ungewöhnlich schnell.

Quelle: Euronews, 21.9.22, <https://de.euronews.com/2022/09/21/flucht-vorm-militardienst-keine-fluge-mehr-ins-ausland-nach-teilmobilmachung>

UNO zum Ukrainekrieg

Um den Krieg unterstützt von China zu beenden, schlug der mexikanische Außenminister Marcelo Ebrard Casaubon mit dem indischen Premierminister Narendra Modi und Papst Franziskus vor, eine Kommission zu bilden, die mit den Regierungsspitzen der Ukraine und der Russischen Föderation verhandelt. Mexiko sei bereit, einen diplomatischen Kanal zu den Konfliktparteien zu öffnen, um diese Verhandlungen zu ermöglichen.

Quelle: <https://www.klaus-moegling.de/actual-blogs/> 2.10.2022

Die russische Kriegsunterstützerin Dugina war bei einem Autobombenanschlag am 20.8.22 in Moskau Ende August getötet worden. Kiew weist jegliche Beteiligung zurück. US-Geheimdienste gehen nun offenbar davon aus, daß Teile der ukrainischen Regierung dahinterstecken. Es sei unklar, wer den Anschlag gebilligt hat. Dugina fuhr in der Nacht, in der sie getötet wurde, das Auto ihres Vaters Alexander Dugin und dieser sei vermutlich das eigentliche Ziel der Operation gewesen. Dugin, wird von westlichen Medien und Autoren immer wieder als Einflüsterer des russischen Präsidenten Putin sowie als Ideengeber auch für den Angriff auf die Ukraine bezeichnet. Laut CNN betrieb Dugina eine englisch- und türkischsprachige Website namens United World International, die selbst Teil einer breiteren Propagandabemühung namens "Project Lakhta" gewesen sein soll. Das Außenministerium habe Project Lakhta beschuldigt, Online-"Trolle" eingesetzt zu haben, um sich in US-Wahlen einzumischen.

Quelle: tagesschau.de, 6.10.22 <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/dugina-us-geheimdienste-101.html>

Die Ukraine benötigt 3 bis 3,5 Milliarden Euro pro Monat als Unterstützung, um die Funktionsfähigkeit des Staates aufrechtzuerhalten", sagte EU-Haushaltskommissar Johannes Hahn. Für den langfristigen Wiederaufbau beliefen sich die Schätzungen sogar auf 349 Milliarden Euro, sagte Hahn unter Berufung auf die Weltbank.

Die EU-Staaten hatten sich darauf verständigt, Kiew neun Milliarden Euro an Makrofinanzhilfen bereitzustellen, um die laufenden Ausgaben des Staates zu decken. Eine Milliarde davon wurde bereits ausgezahlt, weitere Kredite über insgesamt fünf Milliarden sollen schrittweise ab Mitte Oktober ausgezahlt werden. Insgesamt hat die EU-Kommission zusammen mit den Staaten nach Angaben von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bisher mehr als 19 Milliarden Euro für die Ukraine mobilisiert.

Quelle: tagesschau, 10.10.22

Seit dem Beginn der russischen Invasion sind fast eine Million Ukrainerinnen und Ukrainer nach Deutschland gekommen. Von Februar bis August seien 952.000 Zuzüge erfasst worden. Insgesamt sind von Februar bis Ende August 348.000 Minderjährige nach Deutschland aus der Ukraine eingereist.

Quelle: tagesschau, 10.10.22

Die Annexion der ukrainischen Regionen von Luhansk, Donezk, Cherson und Saporischschja nach den dort vorausgegangenen "Referenden" für den Anschluss an Russland soll in einer UNO-Resolution verurteilt werden. Russland hatte Ende September im UN-Sicherheitsrat eine Resolution zur Verurteilung der Annexionen mit seinem Veto verhindert. In der UN-Vollversammlung, in der alle 193 UN-Mitgliedstaaten vertreten sind, hat Russland dagegen kein Vetorecht.

Quelle: tagesschau, 10.10.22

Am 8.10.22 hatte eine LKW-Explosion die 19 Kilometer lange neue Brücke erschüttert, die Russland und die 2014 von Moskau annektierte Schwarzmeer-Halbinsel Krim verbindet. Dabei wurde das für Russland strategisch wichtige Bauwerk schwer beschädigt. Putin hat den ukrainischen Geheimdienst SBU für den Anschlag verantwortlich gemacht.

Nun hat Russland, bei einer bereits geplanten Serie von Angriffen auch vom Territorium von Belarus aus iranische Angriffsdrohnen gegen die Ukraine gestartet (vom Typ Schahed-136). Andere wurden von der annektierten Halbinsel Krim gestartet. Neun der Drohnen sollen zerstört worden sein.

Quelle: tagesschau, 10.10.22

Der russische Raketen-Beschuss zielte auf die Energieinfrastruktur der Ukraine ab. Russland habe am 11.10.22 28 Raketen auf sein Land abgefeuert. Davon habe die ukrainische Luftverteidigung 20 abgefangen. Von 15 Drohnen seien fast alle abgeschossen worden.

Der Ukraine sicherte die G7 weitere finanzielle, humanitäre und militärische Hilfe zu. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat Russland für den Fall eines Einsatzes von Atomwaffen im Ukraine-Krieg erneut mit Konsequenzen gedroht. „Wenn Russland Atomwaffen einsetzt, wird das verschiedene Konsequenzen haben, auch beim Gebrauch kleinerer atomarer Waffen“.

Die erste Lieferung von 4 Flugabwehrsystemen Iris-T SLM Luftverteidigungssystemen stehe jetzt der Ukraine zur Verfügung. Raketenwerfersysteme des Typs Nasams aus den USA seien unterwegs. Quelle: NOZ/dpa, 12.10.22,

<https://www.noz.de/deutschland-welt/ukraine-konflikt/artikel/krieg-gegen-die-ukraine-so-ist-die-aktuelle-lage-43356624>

Russland zeigt falsche Belege für Atomvorwürfe

Der russische Vorwurf eines geplanten Einsatzes einer radioaktiven Bombe durch Kiew wird im Westen als möglicher Vorwand für eine weitere Eskalation des Kriegs gedeutet. Mit offenbar falschen Fotos hat das russische Außenministerium versucht, den Eindruck zu erwecken, dass es Beweise für den Bau einer "schmutzigen" - also atomar verseuchten - Bombe in der Ukraine habe. Eines der Bilder, das auf dem englischsprachigen Twitter-Account des Ministeriums auftauchte, gehöre der slowenischen Agentur für radioaktive Abfälle und stamme aus dem Jahr 2010. Auf dem Foto seien Rauchdetektoren zu sehen.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/newsticker/liveblog-ukraine-mittwoch-175.html> 22:10 Uhr

Dissidentenangriffe auf Eisenbahnen

Das britische Verteidigungsministerium schreibt in seinem täglichen Geheimdienst-Update von einem „breiteren Trend von Dissidentenangriffen auf Eisenbahnen sowohl in Russland als auch in Weißrussland.“ Am 24. Oktober habe der Gouverneur der russischen Region Belgorod bekanntgegeben, dass ein Sprengsatz Eisenbahn-Infrastruktur etwa 15 Kilometer von der russisch-belarussischen Grenze entfernt beschädigt habe. Eine russische Antikriegsgruppe namens "Stop the Wagons" (STW) habe die Verantwortung für den Sabotageakt übernommen - zum mindestens sechsten Mal seit Juni.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/newsticker/liveblog-ukraine-mittwoch-175.html> 09:06 Uhr

Korruption in der Ukraine

Das Gerichtssystem in der Ukraine ist noch aus der Zeit von Präsident Janukowytsch geprägt und es wird eine enge Verflechtung des Verfassungsgerichts mit Oligarchen kritisiert.

Die Richter blockierten das Zustandekommen eines Ethikrates, der vom Parlament beschlossen wurde. Ein Durchbrechen informeller Machenschaften und Loyalitäten, insbesondere in der Judikative, ist ein Schlüssel für den Erfolg der gesamten Reformagenda der Ukraine. Ein Rechtsstaat kann nur erschaffen werden, wenn die Loyalitäten der Akteure dieser Institutionen vollständig von Oligarchen hin zu Verfassung und Gesetzen wechseln. Jedoch sei die Gefahr einer Vereinnahmung dieser Institutionen durch die Exekutive und die Schaffung eines Präsidentenstaates gegeben.

Quelle: Michael Martin Richter: Die Ukraine auf dem Weg zum Rechts- oder Präsidentenstaat? <https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine/342235/analyse-die-ukraine-auf-dem-weg-zum-rechts-oder-praesidentenstaat/> 19.10.21

Eine wichtige Position nimmt Andrij Jermak ein, als Leiter der Präsidialadministration unter Selenskyj. Zuletzt zeigte Jermaks Verwicklung in die sogenannte Wagnergate-Affäre (eine gescheiterte Geheimdienstoperation gegen russische Söldner, die einst im Donbas kämpften), daß zwischen dem Administrationsleiter und dem Präsidenten eine hohe politische Abhängigkeit entstanden ist. Oft erscheint Jermak wie der eigentliche Impulsgeber der ukrainischen Politik, wobei sein meist undurchsichtiges Vorgehen sich jeder institutionellen Kontrolle entzieht. Zudem wurde Jermaks Position weiter gestärkt, nachdem der einflussreiche Innenminister Arsen Awakow zurückgetreten war.

In eine andere Richtung geht Selenskyjs Personalpolitik, wenn es um die Besetzung von Ministerien und Spitzenposten in weiteren Institutionen geht, die der Präsident unmittelbar oder mittelbar kontrolliert. Hier ist der häufige Austausch von Kadern, die teilweise nur wenige Monate im Amt bleiben, zur Gewohnheit geworden. Einige Ministerposten wie beispielsweise der des Wirtschafts- oder des Gesundheitsministers wurden schon dreimal neu besetzt.

Im Juli 2021 wechselte der Präsident auf einen Schlag einen Großteil des Spitzenpersonals sicherheitsrelevanter Institutionen aus. Ein Grund für die Personalrochaden ist der populistische Reflex, andere für das Ausbleiben schneller Resultate oder effektiver Strategien verantwortlich zu machen und auf diese Weise die eigene Reputation zu schützen.

Nach der Parlamentswahl 2019 gewann Selenskyjs Partei »Diener des Volkes« die absolute Mehrheit. Das bescherte dem Präsidenten gleichlaufende Mehrheiten. Im Laufe des Jahres 2021 machte sich in der Mehrheitsfraktion dann zunehmend Unmut über Selenskyjs Missachtung des Parlaments breit.

Zu Beginn seiner Amtszeit strebte der neue Präsident eine pragmatische Zusammenarbeit zum Wohle aller an, indem er sich wie seine Vorgänger regelmäßig mit den wichtigsten Oligarchen traf. Diese Kooperation wurde aber schnell brüchig. Auch infolge internationalen Drucks erklärte Selenskyj, er werde ein Gesetz unterstützen, das eine Rückgabe der »Privatbank« an Kolomojskyj unmöglich mache. Daraufhin begann die Präsidialadministration, ein Anti-Oligarchen-Gesetz zu erarbeiten, das scharfe Sanktionen für die illegale Konzentration von Medien- und Wirtschaftsmacht in den Händen einzelner vorsah.

Die derzeitige Antwort des Präsidenten und seines Teams besteht darin, politische Entscheidungen zu zentralisieren und dabei andere Verfassungsinstitutionen zu umgehen, flankiert von einer erratischen Personalpolitik mit hoher Fluktuation.

Quelle: André Härtel: Die Ukraine unter Präsident Selenskyj, 4.2.22

<https://www.swp-berlin.org/publikation/die-ukraine-unter-praesident-selenskyj>

Die Kopenhagener Kriterien sind seit 1993 Bedingungen für den EU-Beitritt: Funktionierender Rechtsstaat mit Minderheitenschutz, transparente Marktwirtschaft - auch Länder, die erst einmal Beitrittskandidat werden wollen, müssen dafür schon die Grundlagen liefern. Aus Sicht mehrerer EU-Länder ist die Ukraine davon aber weit entfernt.

Rüstungsexporte

Die Bundesregierung hat Rüstungsexporte für die im Jemen kriegführenden Länder Saudi-Arabien, VAE und Ägypten genehmigt. Saudi-Arabien erhält Zulieferungen für Ausrüstung und Bewaffnung sowie Munition für seine Eurofighter und Tornado.

Und das obwohl bekannt ist, daß mit genau diesen Kampfflugzeugen seit Jahren nachweislich sogar zivile Ziele im Jemen aus der Luft bombardiert werden.

Der Kurs der Vorgängerregierung, Waffen in Kriegsgebiete zu liefern, wird somit fortgesetzt.

Nur in begründungspflichtigen Ausnahmefällen, wie dem Selbstverteidigungsrecht nach Art. 51 der VN-Charta kann es eigentlich Ausnahmen vom Verbot der Lieferungen in Kriegsgebiete geben.

Quelle: Kampagne „Aufschrei“: Keine Waffen in Kriegsgebiete!, 30.9.22

<https://aufschrei-waffenhandel.de/service/pressemitteilungen/seiten/30092022-keine-waffen-in-kriegsgebiete>

Atombomben-Manöver

Die Luftwaffe der Bundeswehr wird Mitte Oktober 2022 im Rahmen des NATO-Manövers „Steadfast Noon“ erneut üben, wie man Atombomben aus unterirdischen Lagern an Tornado-Kampffjets anbringt und diese Bomben im Einsatzziel abwirft.

Dieses Manöver findet jedes Jahr europaweit mit Beteiligung der USA und aller NATO-Staaten der „Nuklearen Teilhabe“ statt.

Der Fliegerhorst Nörvenich unweit von Köln spielt dabei eine zentrale Rolle. Er ist Ausweichstandort für die auf dem Fliegerhorst Büchel (Eifel) stationierten Tornado-Kampffjets. Weil Büchel bis 2026 wegen Modernisierungsarbeiten nur eingeschränkt nutzbar ist, wurden die Tornados aus Büchel für diese Zeit nach Nörvenich verlegt, um auch an den Manövern weiterhin teilnehmen zu können.

In Büchel wird ein „Notbetrieb“ aufrechterhalten, damit die „nukleare Teilhabe“ nicht unterbrochen wird.

Quelle: <https://www.friedenskooperative.de/aktion/demo-gegen-steadfast-noon-in-noervenich-atomkriegsmanoever-2022#eins>

Sechs Eurofighter der Bundeswehr nach Singapur verlegt

Die deutsche Luftwaffe startet eine noch nie da gewesene militärische Übung: Sechs Eurofighter sollen innerhalb eines Tages vom bayerischen Neuburg an der Donau nach Singapur verlegt werden.

Es ist die größte und schwierigste Verlegung der Bundeswehr-Geschichte:

Über 12.000 Kilometer in 24 Stunden. Die Luftwaffe will Präsenz zeigen im Konfliktgebiet Indo-Pazifik: Ein Zeichen an die Verbündeten in der Region, im Ernstfall einsatzbereit zu sein - und auch an China.

Quelle: https://www.youtube.com/watch?v=fwN2laZjdo4&ab_channel=BR24 14.9.22

China und Indien beschließen Truppenentflechtung

Das Verteidigungsministerium der Volksrepublik China gab am 8.9.2022 bekannt, daß sich die beiden bevölkerungsreichsten Länder der Erde - China und Indien - auf eine Truppenentflechtung im jahrzehntelangen Grenzstreit geeinigt haben:

Quelle: http://www.mod.gov.cn/topnews/2022-09/09/content_4920552.htm

Gipfeltreffen der eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft SOZ in Samarkand

Die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) (engl. SCO) ist eine Internationale Organisation mit Sitz in Peking (China). Sie wurde 2001 gegründet und ging aus den 1996 gegründeten Shanghai Five hervor. Ihr gehören die Volksrepublik China, Indien, Iran, Kasachstan, Kirgisistan, Pakistan, Russland, Tadschikistan und Usbekistan an. Die zentralasiatischen Kernmitglieder der Organisation Usbekistan und Kasachstan wollen keine gegen den Westen gerichtete Blockbildung. Für diese Staaten, deren politisches Gewicht innerhalb der SOZ seit den Gründungsjahren erheblich gewachsen ist, liegt der Wert der SOZ gerade in ihrem bündnisfreien Status, wie Usbekistan als Gastgeber im Vorfeld des Gipfels hervorgehoben hat. Aufgrund der historischen Erfahrung mit den hegemonialen Bestrebungen Russlands und Chinas ist außenpolitische Unabhängigkeit für die zentralasiatischen Mitglieder ein Wert von allerhöchstem Rang. Vor diesem Hintergrund ist auch die Erweiterung der SOZ um Länder wie den Iran und, perspektivisch, die Türkei sowie arabische Staaten eine ausgesprochen attraktive Option für die Zentralasiaten. Sie verbinden damit aber gerade nicht die Aussicht auf eine machtvolle Allianz gegen den Westen, von der sie keinerlei Vorteil hätten. Vielmehr liegt der Nutzen einer erweiterten SOZ für sie darin, die Vielstimmigkeit innerhalb der Organisation zu vergrößern, Machtansprüche einzelner Mitglieder dadurch zu zähmen und gleichzeitig den eigenen Handlungsspielraum zu erweitern.

Quelle: <https://www.swp-berlin.org/publikation/gipfeltreffen-der-soz-in-samarkand-buendnispolitik-im-eurasischen-raum> 15.9.22

Iran und Usbekistan unterzeichneten 17 Kooperationsabkommen. Irans Präsident Ebrahim Raisi war am Mittwoch für ein Gipfeltreffen der SOZ in Usbekistan eingetroffen. Teheran hatte zuletzt unter der Regierung Raisi für eine Mitgliedschaft in der Organisation geworben.

Auf dem Gipfel soll die Aufnahme des Irans in die Organisation abgeschlossen werden. Nach Spannungen mit dem Westen und Streit über Irans Atomprogramm hat das Land seine Außenpolitik neu ausgerichtet.

Quelle: <https://www.merkur.de/politik/iran-usbekistan-abkommen-zusammenarbeit-91788359.html> 14.9.22

Anhörung zum Sturm auf das Kapitol

Cassidy Hutchinson, die ehemalige Beraterin von M. Meadows, dem Stabschef des Weißen Hauses, sagte vor dem Untersuchungsausschuss des Repräsentantenhauses aus. Der damalige US-Präsident Donald Trump soll vorab über mögliche Gewalt am 6. Januar 2021 gewußt haben. Trump habe an diesem Tag außerdem trotz massiver Sicherheitsbedenken selbst zum Kapitol fahren wollen, wo der Kongress die Wahl seines Nachfolgers Joe Biden beglaubigen sollte.

Vor seiner Rede an seine Anhänger am 6. Januar soll Trump gesagt haben: "Nehmt diese verdammten Metalldetektoren weg. Sie sind nicht hier, um mich zu verletzen. Lasst sie rein. Lasst meine Leute rein, sie können nach der Kundgebung zum Kapitol marschieren", zitierte Hutchinson Trump. Sie gab an, diese Worte von ihm kurz vor seiner Rede gehört zu haben. Wenn ein Präsident eine Rede hält, verlangt der Personenschutz, dass die Anwesenden Metalldetektoren passieren.

Trump hatte seine Anhänger kurz zuvor bei einer Kundgebung damit aufgewiegelt, dass ihm der Wahlsieg gestohlen worden sei. Er sagte damals auch öffentlich, dass auch er zum Kapitol kommen werde. In der Folge gab es mehrere Berichte, dass Trump tatsächlich dorthin kommen wollte. Als dem Präsidenten bei der Abfahrt von der Kundgebung von seinem obersten Personenschützer des Secret Service gesagt worden sei, dass er aus Sicherheitsgründen nicht zum Kongress fahren könne, sei er sehr "wütend" gewesen. Unmittelbar nach dem Vorfall schilderte Hutchinson, dass Trump in dem gepanzerten Geländewagen sogar versucht habe, dem Fahrer ins Lenkrad zu greifen. Er soll demnach gesagt haben: "Ich bin der verfluchte Präsident, bringt mich zum Kapitol." Der Personenschützer habe ihn am Arm gepackt, um ihm vom Lenkrad fernzuhalten, schilderte sie weiter. Trump habe seinen freien Arm genutzt, um sich zu wehren. Hutchinson erklärte, Stabschef Meadows - der den Plan gutzuheißen schien - habe Trump nicht informiert, dass eine Fahrt zum Kapitol nicht möglich sein würde. Es habe zuvor Überlegungen gegeben, wonach Trump womöglich eine weitere Rede vor dem Kapitol halten könnte, sagte Hutchinson.

Quelle: <https://www.gmx.net/magazine/politik/donald-trump/zeugin-belastet-trump-schwer-vonwaffen-6-januar-gewusst-37060926> 28.6.22

Der neue Bericht an den Club of Rome

50 Jahre nach »Die Grenzen des Wachstums« stellt der Club of Rome die Forderung nach 5 außerordentlichen Kehrtwenden auf, um die Risiken substanziell zu reduzieren:

1. Beendigung der Armut,
2. Beseitigung der eklatanten Ungleichheit,
3. Ermächtigung (Empowerment) der Frauen,
4. Aufbau eines für Menschen und Ökosysteme gesunden Nahrungsmittelsystems,
5. Übergang zum Einsatz sauberer Energie.

Diese außerordentlichen Kehrtwenden sind als politische Fahrpläne konzipiert, die auch mehrheitsfähig wären. Sie sind kein Versuch, eine unmöglich realisierbare Utopie zu schaffen. Sie bilden die unverzichtbare Grundlage für eine resilientere Zivilisation, die aktuell unter außerordentlichem Druck steht.

Es sind genügend Wissen, Geld und Technologien vorhanden, um diese Kehrtwenden zu realisieren. Dabei sind diese fünf Kehrtwenden nichts absolut Neues. Die Maßnahmen, die sie vorantreiben, wurden bereits in vielen Publikationen beschrieben. Mit Earth for All haben wir jedoch versucht, sie in einem einzigen dynamischen System zu verbinden und zu bewerten, ob sie zusammengenommen eine ausreichende wirtschaftliche Dynamik erzeugen, um die Weltwirtschaft von ihrem derzeitigen zerstörerischen Kurs auf einen resilienten Pfad umzulenken.

Quelle: https://www.oekom.de/_files_media/titel/leseproben/9783962383879.pdf

Klimastreik

Fridays for Future fordert 100 Milliarden Euro Sondervermögen für Klimaschutz. Die Klimakatastrophe ist existenzbedrohend für Menschheit und Umwelt. Besonders stark betroffen sind Staaten im Globalen Süden, die selbst am wenigsten zu den Ursachen beitragen. Für Staaten, die bereits vor anderen Herausforderungen wie Armut, wachsender Ungleichheit oder politischer Instabilität stehen, kann der Klimawandel als Risikomultiplikator wirken. So wird das Risiko von gewaltsamen Konflikten weiter verstärkt. Das bedeutet: Klimaschutz ist aktive Krisenprävention.

Gleichzeitig zählen Militär und Kriege zu den schlimmsten Klimakillern. Doch Emissionen der Militärs werden oft übersehen. Dies ist kein Zufall. Denn beim Kyoto-Protokoll von

1997 bestanden die USA darauf, daß militärische Emissionen nicht gemeldet werden müssen.

Bis heute wird das Militär bei allen wichtigen Klimaabkommen ausgeklammert. Das ist fatal. Der jährliche CO₂-Fußabdruck der Bundeswehr wird auf etwa 4,5 Millionen Tonnen CO₂ geschätzt. In den USA sind es unglaubliche 59 Millionen Tonnen CO₂! Das ist mehr als Staaten wie Schweden oder Finnland in einem Jahr ausstoßen.

Der durchschnittliche jährliche Bedarf an Investitionen in kohlenstoffarme Energie und Endenergieeffizienz im Rahmen eines mit dem Pariser Abkommen kompatiblen Weges wird weltweit auf etwa 1,4 Billionen US-Dollar pro Jahr geschätzt. Gleichzeitig lagen die weltweiten Militärausgaben im Jahr 2020 bei ca. 1,2 Billionen US-Dollar. Eine umfassende Abrüstung und Demilitarisierung würde das Klima schonen und genau die Mittel freisetzen, die wir jetzt in den Klimaschutz investieren müssen.

Quelle: Aufruf zum Globalen Klimastreik am 23.9.22 in Bonn

<https://www.friedenskooperative.de/aktion/friedensaufruf-klimastreik-2022>

Warnung vor bewaffneten Rechtsextremisten

Rund 350 deutsche Rechtsextremisten und "Reichsbürger" üben auf Schießständen. Diese verteilen sich zu je etwa einem Drittel auf NPD und "Die Rechte", die übrigen sind Mitglied beim "Dritten Weg" (24 %) oder beim "Flügel" bzw. der "Jungen Alternative" der AfD (9%). Wie gefährlich das im Zweifel werden kann, zeigen die Morde des Hanau-Attentäters und der Mord an Walter Lübcke. Beide Täter sollen vor ihren Taten Schießstände besucht haben.

Wie alle Bürger dürfen in Deutschland auch vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestufte Personen auf Schießständen üben. Nur wenn gegen eine Person ein sogenanntes Waffenverbot im Einzelfall verhängt wurde, ist ihr das untersagt. Das Problem aber ist, dass die Betreiber der Anlagen das nicht kontrollieren müssen und dieses in der Praxis auch schwierig sein dürfte. Wer eine Waffe besitzt, braucht eine Waffenbesitzkarte - nicht aber, wer aber auf dem Schießstand nur mit geliehenen Waffen übt. Diese Ausnahme im Waffengesetz ermöglicht dem Nachwuchs von Schützenvereinen das Üben an der Waffe. So könnten auch Leute auf Schießständen schießen, die niemals legal eine Waffe erwerben dürften, weil sie etwa vorbestraft sind. All jene, die keine Waffenbesitzkarte haben, fallen dementsprechend durchs Raster.

So haben 35 % der rechtsextremen Schießstandbesucher keine waffenrechtliche Erlaubnis und sind zudem polizeibekannt. Seit zwei Jahren werden Erwerber von Waffenbesitzkarten vom Verfassungsschutz überprüft und dann nach weiteren fünf Jahren erneut.

Von den erfassten Rechtsextremisten und Reichsbürgern trainieren in Deutschland 180 Personen, in Tschechien 98, in Bulgarien 40 und in den Niederlanden 15 Personen. Beliebt sind die Schießstände im Ausland vor allem, da sich diese weitgehend deutschen Behördenkontrollen entziehen. Außerdem ist die Vielfalt an Waffen in Bulgarien, Frankreich, Polen und Tschechien deutlich größer. In Bulgarien darf sogar mit vollautomatischen Maschinenpistolen geübt werden. In Polen ist auch das taktische, gefechtsmäßige "Combatschießen" erlaubt. Besonders die Gewaltbereiten und die ohne Waffenschein seien bereit, weiter zu reisen.

Quelle: Kontraste über eine Verfassungsschutz-Analyse, 15.8.22

<https://www.tagesschau.de/investigativ/kontraste/rechtsextreme-waffenverbot-verfassungsschutz-101.html>

LichtBlick Prosumer-Report 2022

Der Report beruht auf Datenanalysen von EUPD Research und untersucht den Stand und das Potential der Energiewende im Ein- und Zweifamilienhäusern. Der Report untersuchte 7 Schlüssel-Technologien für die Energiewende im Eigenheim.

10,8 Millionen Ein- und Zweifamilienhäuser in Deutschland eignen sich für den wirtschaftlichen Einsatz von Solaranlagen. 16% davon produzieren bereits Sonnenstrom. Strombetriebene Wärmepumpen kommen in 8% der Eigenheime zum Einsatz. Weitere relevante Technologien sind Heimspeicher (4%), Elektroautos (3%), Wallboxen (8%), Smart Meter (3%) und Energie Management Systeme (2%). Das Zubau-Tempo hat 2021 bei fast allen Technologien angezogen.

Das Potential für die Energiewende im Eigenheim wird bisher kaum ausgeschöpft. Werden alle Häuser mit Solaranlagen ausgestattet, können sie 96 Mrd kWh Solarstrom pro Jahr erzeugt werden. Strom kann deutlich effizienter in Wärme und Mobilität umgewandelt werden. Mit Stromheizungen und Elektromobilität sinkt der Energiebedarf deshalb um 65%.

Über 20 Jahre gerechnet kann man die Energiekosten mit erneuerbaren Lösungen um 25-36% senken. Um dieses Potential zu nutzen, sind bundesweit einheitliche Anschlussbedingungen, eine Clearingstelle bei Konflikten mit Netzbetreibern sowie die einfache Teilnahme an den Energiemärkten nötig.

Quelle: LichtBlick Prosumer-Report 2022, 28.6.22

Den Ausbau von PV und Windenergie beschleunigen

Um die ambitionierten Ziele der Bundesregierung von 200 GW PV, 100 GW Wind an Land und 30 GW Wind auf See zu erreichen, müssen die Genehmigungsverfahren weniger komplex gestaltet werden. Die pauschale Priorisierung anderer Belange (militärisch, Radar, Wetterradar, Erdbebenmessstationen etc.) statt angemessener Einzelfallabwägung, klare Vorgaben zum Natur- und Artenschutz, weniger bürokratischer Aufwand schrecken Investoren ab.

Der aktuelle energiewirtschaftliche Gesetzesrahmen ist auf eine zentrale Stromversorgung ausgerichtet. Das führt zu Fehlanreizen. Weiter sollte geprüft werden, wie die fast vollständige Importabhängigkeit von Photovoltaikanlagen aus China vermieden werden kann.

Eine Mehrfachnutzung von Flächen, zum Beispiel durch innovative Ansätze wie Agri- und Floating-PV oder gebäudeintegrierte Photovoltaikanlagen sowie die verstärkte Nutzung von Photovoltaikanlagen auf Gebäudedächern können dabei helfen, mögliche Flächenkonkurrenzen abzumildern. Ergänzend könnte auch eine Solarpflicht auf Neubauten und bei Bestandssanierung zielführend sein.

Die erneuerbaren Energien müssen zukünftig im Zentrum von technischem System- und Marktdesign stehen. Technische Infrastrukturen wie Stromnetze, Regeln zum Erbringen von Systemdienstleistungen und das Strommarktdesign sollten so konzipiert werden, dass sie eine zuverlässige und kostengünstige Stromversorgung mit einem schnell wachsenden Anteil fluktuierender erneuerbarer Energien ermöglichen und unterstützen. Windenergie- und Photovoltaikanlagen müssen in Kombination mit Speichern und einer Flexibilisierung des Verbrauchs zunehmend Netzstabilisierung und Versorgungssicherheit übernehmen. Die Anreize müssen so gesetzt werden, dass Erneuerbare-Energien-Anlagen systemdienlich errichtet und betrieben und Beiträge zur Systemstabilität angemessen vergütet werden.

Quelle: Stellungnahme: Wie kann der Ausbau von Photovoltaik und Windenergie beschleunigt werden? (6/2022) Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina u.a. https://energiesysteme-zukunft.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/PDFs/ESYS_Stellungnahme_PV-Windenergie.pdf

Im Mai hatte die EU im Repower-EU-Programm für den schnellen Ausbau von Ökostrom oder Infrastruktur rund 300 Milliarden Euro veranschlagt. Das genüge nicht, heißt es nun. Konkrete Zahlen zum Mehrbedarf könnte die Kommission in der ersten Novemberhälfte vorlegen. (FAZ, 22.10.22)

Der Ausbau der EE stockt weiter, Die Flächen wurden noch nicht ausgeweitet. Die Genehmigungsverfahren dauern oft 7 Jahre. Die EE-Anlagen wurden inzwischen um 50% teurer und steigen weiter. Es gibt keine Festpreise mehr. Auch die Zinsen steigen. Die langfristigen Einnahmen aus EE sind nur schwer kalkulierbar. Die staatlichen Subventionen sind inzwischen nur noch gering. (Zeit, 20.10.22)

Agora Energiewende

Für die Ziele im Stromsektor muss sich die Erzeugung erneuerbaren Stroms von heute 243 auf 595 Terawattstunden bis 2030 mehr als verdoppeln – und bis 2035 auf 845 Terawattstunden mehr als verdreifachen.

Für Erneuerbare Energien schlägt die Agora-Studie etwa die Absicherung langfristiger Stromlieferverträge vor und die Einführung einer symmetrischen Marktprämie, die Anlagenbetreibern eine feste Einspeisevergütung garantiert, aber ab einem bestimmten Gewinn auch Rückzahlungen erfordert.

Zusätzlich müssen laut Agora auch die Voraussetzungen für flexiblen Stromverbrauch geschaffen werden. Hierfür müssten beispielsweise Preissignale den Betrieb oder das Laden von Elektrofahrzeugen, Wärmepumpen, Elektrodenkesseln, Elektrolyseuren oder Batteriespeichern in den Stunden attraktiv machen, in denen viel erneuerbarer Strom vorhanden ist. Bisher werden flexible Strommengen durch hohe Netzentgelte bestraft. Für einen effizienten Netzbetrieb müssten außerdem der Ort von Erzeugung und Verbrauch von Strom stärker berücksichtigt werden. Das könnte durch die Einführung von regional unterschiedlichen Preisen geschehen, zum Beispiel durch eine Reform der Netzentgelte.

Quelle: „Klimaneutrales Stromsystem 2035 – Wie der deutsche Stromsektor bis zum Jahr 2035 klimaneutral werden kann“ mit der Prognos AG und der Consentec GmbH
https://static.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2021/2021_11_DE_KNStrom2035/A-EW_264_KNStrom2035_WEB.pdf

Studie vom Fraunhofer IEE

Eine neue Studie vom Fraunhofer IEE konzentriert sich auf die möglichst breite Umsetzung der Energiewende auch im regionalen Kontext.

Das heutige Strommarktdesign ist nicht in der Lage, die Versorgungssicherheit, Refinanzierung der Erneuerbaren Energien, Wirtschaftlichkeit von Sektorenkopplungstechnologien für eine erfolgreiche Energiewende zu gewährleisten. Die fehlende Flexibilität verursacht am Strommarkt eine Reduktion der erzielbaren Marktwerte erneuerbarer Energien, so daß Subventionen zum Ausgleich gezahlt werden müssen. **Schon eine geringe Reduzierung der Flexibilität führt zu hohen Ausgleichszahlungen.**

Um schnell mehr Flexibilität am Strommarkt zu erhalten, müssen Power-to-Heat- und Power-to-Gas-Anlagen von den Netzentgelten bei netz- bzw. systemdienlichem Verhalten befreit werden, sowie zeitvariable Netzentgelte gezahlt werden. Power-to-Heat-Anlagen (PtH) werden aufgrund der besseren Wirtschaftlichkeit gegenüber der Elektrolyse bereits 2030 stärker ausgebaut.

Neben der Einbindung von Gasspeichern ist die inländische Elektrolyse für die Flexibilität von zentraler Bedeutung. **Daher ist ein früher Markthochlauf der Elektrolyse erforderlich.** Damit steigt die Auslastung der Anlagen für erneuerbare Energien und auch die Wirtschaftlichkeit von Wärmepumpen. Die Einführung variabler Tarife ist nur bei einem hohen Flexibilitätspotenzial attraktiv.

Die Frequenz-, Spannungs- und Blindleistungsbereitstellung muß zukünftig durch dezentrale Erzeuger, Speicher und neue Technologien erfolgen. Das damit einhergehende veränderte Kurzschlussverhalten muss im Kontext der Netzplanung berücksichtigt werden. Es ist wichtig, Regionalmärkte für Flexibilitäten und die Einführung regionaler „Merit Order“-Kurven innerhalb einer Strompreiszone in Deutschlands einzuführen, wobei auch der Transportaufwand bei den Netzentgelten eine Rolle spielen sollte, was Anreize zur lastnahen Stromerzeugung setzt. Elektrolyseure in der Nähe von Erneuerbarer Stromerzeugung Netzengpässe und Redispatch vermeiden.

Mit einem Anstieg an regelbaren Verbrauchern und Erzeugern im Verteilnetz ist für eine optimale und netzdienliche Nutzung von Flexibilitäten die Automatisierung des Verteilnetzes ein wichtiger Schritt.

Quelle: "Neues Strommarktdesign für die Integration fluktuierender Erneuerbarer Energien" im Auftrag des Bundesverbandes Erneuerbare Energie e.V.

Maßnahmenpaket zur Sicherung einer bezahlbaren Energieversorgung

Wegen der ausgefallenen Gaslieferungen aus Russland läßt die Bundesregierung für die Importe von Flüssigerdgas neue Terminals für Schiffstransporte bauen. Es bleibt wichtig, Energie zu sparen.

Die hohen Gewinne von Energieunternehmen in der aktuellen Marktlage aufgrund des europäischen Strommarktdesigns („Merit Order“: das teuerste für die aktuelle Stromerzeugung benötigte Kraftwerk bestimmt den Strompreis, aktuell sind das Gaskraftwerke) entstehen, weil die Produktionskosten der anderen Stromproduzenten konstant bleiben. Diese hohen Gewinne werden nun oberhalb einer Erlösobergrenze abgeschöpft. In Deutschland kann dabei auf die Infrastruktur der EEG-Umlage aufgebaut werden. Durch die teilweise Abschöpfung dieser Gewinne entstehen finanzielle Spielräume für die Entlastung der Verbraucher.

Um die Haushalte bei den Strompreisen zu entlasten, wird eine Strompreisbremse eingeführt und der Anstieg der Netzentgelte gedämpft. **Die für den 1.1.23 anstehende Erhöhung des CO 2-Preises um fünf Euro pro Tonne im Brennstoffemissionshandel um ein Jahr auf den 1.1.24 verschoben.** Die Umsatzsteuer auf den Gasverbrauch wird bis Ende März 2024 befristet auf 7% reduziert.

Es soll Einmalzahlungen für Rentner und Studenten geben, das Wohngeld soll eine Heizkostenkomponente bekommen. Das ALG2 und Sozialgeld wird ab 1.1.23 durch ein Bürgergeld abgelöst, daß eine Inflationsanpassung enthalten wird. Midi-Jobs bis 2.000 Euro werden bei den Beiträgen zur Sozialversicherung entlastet.

Um eine Steuererhöhung aufgrund der Inflation zu verhindern werden die Tarifeckwerte im Einkommenssteuertarif angepasst. Das Kindergeld wird auch erhöht.

Das zeitlich befristete 9-Euro-Ticket im Sommer 2022 wird in Form eines bundesweiten Nahverkehrstickets verlängert. Geplant sind Preise von 49 bis 69 Euro pro Monat. Die Entfernungspauschale für Fernpendler (ab dem 21. Kilometer) ist befristet bis 2026 von 35 auf 38 Cent erhöht worden.

Quelle: Koalitionsausschuss vom 3.9.22

Photovoltaikanlagen

Photovoltaikanlagen liefern klimafreundlichen Strom und machen unabhängiger von den steigenden Energiekosten. Wer sich eine Solarstromanlage auf das Dach installieren lässt, erhält künftig eine höhere Einspeisevergütung. Das hat der Bundestag Anfang Juli 2022 beschlossen. Gewinne von 6% sind möglich. Je höher der Anteil des selbst verbrauchten Stroms ist, desto höher der Gesamtgewinn. Eine weitere Neuerung sind reine Volleinspeiseanlagen mit einer noch höheren Vergütung. Interessenten müssen sich auf längere Lieferzeiten einstellen.

Sowohl die Einspeisung als auch der Eigenverbrauch sind profitabler geworden. Der Vergütungssatz für Hausdachanlagen unter 10kW installierter Leistung ist nun von 6,24 ct auf 8,6 ct/kWh eingespeisten Solarstrom gestiegen. Das ist ein Plus von 37%. Größere Anlagen bis 40 kW installierter Leistung erhalten für den über 10 kW hinausgehenden Anlagenteil statt 6,06 ct/kWh jetzt 7,5ct.

Positiv für künftige Anlageneigentümer ist außerdem, dass die monatliche Verringerung der Vergütung für Neuanlagen, genannt Degression, bis 2024 ausgesetzt ist und danach nur noch halbjährlich mit 1% erfolgt.

Zwar sind die Anlagen in den vergangenen Monaten teurer geworden, jedoch hat sich auch die Rendite beim Eigenverbrauch aufgrund der gestiegenen Stromkosten erhöht. Kleine Photovoltaikanlagen mit 10 kW installierter Leistung kosten aktuell im Schnitt rund 1.400 Euro netto/kW. 1 kWh Solarstrom kostet demnach rund 12ct, vom Stromversorger dagegen rund 31ct netto.

Wer sich dafür entscheidet, den gesamten Strom einzuspeisen, wird höher gefördert – spart dann aber keinen Cent bei der Stromrechnung. Künftig gibt es also zwei Betreibermodelle mit einem jeweils unterschiedlichen Vergütungssatz, für Volleinspeisung und teilweisen Eigenverbrauch. Die Volleinspeisung rechnet sich vor allem, wenn man nur einen sehr geringen Stromverbrauch hat und daher nur ein kleiner Teil des erzeugten Stroms selbst genutzt werden kann, sowie bei großen Anlagen. Dieses Modell soll daher auch zu größeren Anlagen und zu einer besseren Dachausnutzung führen.

Bei der Volleinspeisung steigt die Vergütung für Anlagen unter zehn Kilowatt installierter Leistung von 6,24 Cent pro eingespeister Kilowattstunde auf 13,4 Cent – ein Anstieg auf gut das Doppelte. Bei Anlagen bis 40 Kilowatt sind es noch 11,3 ct/kWh für den über 10kW hinausgehenden Anlagenteil. Auch ohne den lukrativen Eigenverbrauch ergibt die Volleinspeisung Gewinn, da die Erzeugungskosten bei 10-12 ct/kWh liegen.

Interessant ist auch das neue Flexi-Modell: Anlageneigentümer können vor jedem Kalenderjahr neu entscheiden, ob sie voll einspeisen oder einen Teil selbst nutzen wollen. Seit Juli 2022 können auch Eigentümer von Anlagen bis 30 kW installierter Leistung selbst entscheiden, ob sie die Einkünfte aus der Solarstromproduktion in ihrer Einkommensteuererklärung angeben oder nicht. Bislang lag die Grenze bei 10kW. Stellt man den Antrag auf Steuerbefreiung, geht das Finanzamt davon aus, dass keine Gewinnerzielungsabsicht vorliegt und es sich bei der Solarstromerzeugung um eine „Liebhaberei“ handelt. Die Gewinne müssen dann nicht versteuert werden.

Quelle: Solar Cluster Baden-Württemberg e.V.

<http://www.solarcluster-bw.de/>

<https://www.sonnenseite.com/de/energie/photovoltaikanlagen-lohnen-sich-jetzt-noch-mehr/>
15.07.2022

Natriumwismutsulfid für Perowskit-Zellen

Natriumwismutsulfid (NaBiS₂) hat das Potenzial, Perowskit-Solarzellen zum neuen Hoffnungsträger in Sachen Langlebigkeit zu machen.

Das ungiftige Material, dessen Bestandteile auf der Erde in großen Mengen vorhanden und daher billig sind, absorbiert ebenso viel Sonnenstrahlung, ist aber 10.000 Mal dünner als Zellen auf Siliziumbasis, wie Forscher des Imperial College London (ICL), der University of Cambridge und des Helmholtz-Zentrums Berlin herausgefunden haben. Die Filme, die das Sonnenlicht einfangen und es in Strom umwandeln, sind nur 30 Nanometer dick und daher auch leichter. „Wir haben ein Material gefunden, das Licht stärker absorbiert als herkömmliche Werkstoffe für die Solarzellenherstellung. Und es lässt sich drucken“, sagt Yi-Teng Huang, Doktorand an der University of Cambridge. Das mache die Sache noch preiswerter.

Die Natrium- und Wismutionen in NaBiS₂ haben ähnliche Größen, was bedeutet, daß sie, anstatt verschiedene kristallografische Stellen geordnet zu besetzen, sich wahllos und ungleichmäßig verteilen. Diese Inhomogenität erhöht die Fähigkeit des Materials, Sonnenlicht zu absorbieren. „Inhomogenität wird allgemein als Feind von Solarzellen angesehen“, sagt Seán Kavanagh, Doktorand am ICL. „Es ist bekannt, dass dadurch die Effizienz herkömmlicher Solarmaterialien wie Silizium, Cadmiumtellurid und Galliumarsenid drastisch einbricht. Es galt, diese Unordnung um jeden Preis zu vermeiden. Doch wir haben gezeigt, dass das nicht immer gilt.“

Während eines elfmonatigen Tests, bei dem NaBiS₂ ungekapselt war und mit der Umgebungsluft reagieren konnte, blieb es absolut stabil, „was im krassen Gegensatz zu anderen neuartigen Fotovoltaikmaterialien wie Bleihalogenid-Perowskiten steht“, verdeutlichen die Wissenschaftler. Das deutet auf eine langfristige Haltbarkeit des Materials hin, die eine Schlüsselanforderung für kommerzielle Solarzellen sei.

Quelle: <https://www.presse-text.com/news/20220829003> 30.08.2022

Wasserstoff als Energieträger

Eine neue Meta-Studie unter Koordination des Fraunhofer ISI, die im Rahmen des Forschungsprojekts HyPat hat mehr als 40 Energiesystem- und Wasserstoffszenarien neu ausgewertet.

Die Bandbreite des gesamten Wasserstoffbedarfs im Jahr 2050 liegt global zwischen 4 - 11% des weltweiten Endenergiebedarfs. Es gibt jedoch starke regionale Unterschiede: Für die EU könnte der Anteil bei bis zu 14% liegen, für China hingegen weist die Mehrheit der Szenarien nur einen Wasserstoffanteil von maximal 4% an der Endenergie aus. Die Projektionen des Wasserstoffbedarfs in den ausgewerteten Studien variieren zum Teil erheblich, weshalb bedeutsame Unterschiede bei der Einordnung der Rolle von Wasserstoff in zukünftigen Energiesystemen bestehen.

Was konkrete Einsatzgebiete anbelangt, ist der Studie zufolge im Verkehrsbereich die größte Nachfrage für den Wasserstoff zu erwarten.

In anderen Bereichen wie dem Industriesektor dürfte Wasserstoff in Summe in kleineren Mengen nachgefragt werden als im Verkehrssektor, die Nachfrageprognosen fallen hier niedriger aus. Wasserstoff gilt dort aber als Option, wo keine Dekarbonisierungs-Alternativen existieren, wie zum Beispiel in der Eisen- und Stahlindustrie oder in der Grundstoffchemie.

Um die Treibhausgasemissionen global zu senken, werden Maßnahmen zum Energieeinsparen und die direkte Elektrifizierung auf Basis von erneuerbarem Strom zum Beispiel durch Wärmepumpen, Elektrofahrzeuge oder in Wärmenetzen als wichtigste Hebel gesehen. Wasserstoff spielt hingegen in bestimmten Anwendungsbereichen eine relevante Rolle, in denen andere Technologien technisch oder wirtschaftlich nicht umsetzbar sind.

Quelle: Fraunhofer ISI <https://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/welche-rolle-spielt-wasserstoff-als-energietraeger-im-globalen-energiesystem/> 20.9.22

Die heutigen Elektrolyseure sind meist klein und werden einzeln hergestellt; dennoch **muß die weltweite Kapazität bis 2050 um das 6000-8000-fache wachsen**, um zu Klimaneutralitätsszenarien beizutragen. Politische Maßnahmen, die eine rasche Einführung von Elektrolyseuren mit Kapazitäten im Gigawattbereich in den kommenden Jahren in Gang bringen, könnten dazu beitragen, erhebliche Innovations- und Skalierungseffekte freizusetzen und grünem Wasserstoff zu ermöglichen, die Nachfrage in Sektoren zu decken, die für eine direkte Elektrifizierung nicht zugänglich sind, so die Studie. Aber selbst bei einer günstigen Entwicklung in absehbarer Zukunft wird das Wasserstoffangebot viel zu knapp sein, um die Nutzung fossiler Brennstoffe in wirklich großem Umfang zu ersetzen.

Quelle: Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung 9.9.22

<https://www.pik-potsdam.de/de/aktuelles/nachrichten/gruener-wasserstoff-kurzfristige-knappheit-langfristige-unsicherheit>

Ausbau der Windkraftanlagen stockt weiter

2017 wurden statt fester Einspeisevergütungen **Ausschreibungen** eingeführt. Das hat dazu geführt, daß immer mehr Herstellerkapazitäten ins Ausland verlagert wurden, denn mit dem Auktionssystem entstand auch ein hoher Kostendruck. Es erlaubt nur jenen Firmen, Windräder zu bauen, die in den Ausschreibungen den geringsten Strompreis erzielen wollen. Politisch war das so gewollt, um den Preis für die Energiewende zu senken. Weil die Bundesnetzagentur ständig kostengünstigeren Strom von Windradbetreibern forderte, verlangten diese im Gegenzug immer niedrigere Preise von den Windradherstellern. Ein Preiskampf zwischen den Herstellern setzte ein. Viele überstanden ihn nicht. Dazu kommt die Sorge um die Verlässlichkeit globaler Lieferketten. Der deutschen Windindustrie sind in den vergangenen zehn Jahren 60.000 Stellen verloren gegangen. Allein zwischen Februar 2021 und Februar 2022 strichen die größten europäischen Hersteller Vestas, Siemens Gamesa und Nordex insgesamt 1000 hiesige Arbeitsplätze. Laut einer Studie des Industrieverbands Wind Europe beschäftigt die Branche europaweit etwa 300.000 Menschen. Wenn die Politik es will, könnten es 2030 um die 450.000 Jobs sein. Die Zahl der Beschäftigten könnte aber auch weiter sinken. Außerdem sind die Genehmigungsverfahren komplizierter geworden und auch die Widerstände auf dem Land gewachsen. So sind 2021 lediglich 484 Windenergieanlagen an Land (Onshore) errichtet worden. Gemeinsam mit den Zubauten auf See (Offshore) kamen 1,72 Gigawatt (GW) Strom durch Windenergie auf den Markt. Zum Vergleich: 2017 waren es noch 1792 neue Onshore-Anlagen und insgesamt 6,6 GW neue Leistung. In der Folge mußten alle Hersteller von Windkraftanlagen viele Mitarbeiter entlassen. Die Genehmigungsverfahren bei der Windenergie dauern bis zu 10 Jahre. Es gibt weitere Engpässe bei fehlenden Fachkräften und der Verfügbarkeit von Materialien.

Bis 2030 soll mindestens 80% des Stroms aus erneuerbaren Energien stammen. Im Jahr 2030 soll an Land eine Kapazität von rund 115 GW in Deutschland installiert sein. Aktuell sind es dem Bundeswirtschaftsministerium zufolge gerade einmal etwa 57 GW. Der größte Hemmschuh sind zu wenig verfügbare Flächen, die für Windenergie ausgewiesen werden. Bayern habe als flächenmäßig größtes Land im vergangenen Jahr nur 8 Windräder aufgebaut. Dort gebe es bremsende Vorgaben wie die 10H-Regel, nach der einen Mindestabstand vom Zehnfachen ihrer Höhe zu Wohngebäuden eingehalten werden muß.

So sind derzeit bundesweit 0,8% der Landesfläche für Windenergie an Land ausgewiesen, allerdings nur 0,5% tatsächlich verfügbar. Zur Erreichung der EEG-Ausbauziele müssen allerdings 2% der Bundesfläche für die Windenergie an Land ausgewiesen werden. Das

soll bis Ende 2032 umgesetzt werden. Bereits 2027 sollen dann 1,4 Prozent der Flächen bereitstehen. Dafür werden den Ländern verbindliche Flächenziele vorgegeben. Halten sie diese nicht ein, entfällt ihre weiterhin geltende landesspezifische Abstandsregel.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/technologie/windkraft-erneuerbare-energien-stromerzeugung-101.html> 28.9.22

Überschießende Strompreise

Die Energieversorger beschaffen die für ihre Haushaltskunden benötigten Strommengen Monate im Voraus auf dem Terminmarkt. Das bedeutet, **daß die derzeit gelieferten Strommengen im Wesentlichen vor einem Jahr bereits im Jahr 2021 zu den zu dieser Zeit geltenden Konditionen beschafft wurden.**

Der Strompreis an der Leipziger Energiebörse schoß am 29.8.22 das erste Mal in der Geschichte über die Marke von 1 Euro je Kilowattstunde und lag damit zehn Mal so hoch wie noch ein Jahr zuvor. Wenn das die Basis für eine neue Angebotslegung bildet, kollabiert die mittelständische Wirtschaft, wenn sich die Energiepreise jetzt auf einmal mehr als verzehnfachen.

Spanien und Portugal haben den Preis für Gas in der Stromproduktion gedeckelt, damit auch Elektrizität günstiger wird. Auf der iberischen Halbinsel gibt es die Sonderregelung nur, weil sie nur bedingt mit dem Rest Europas verkabelt ist. In Spanien wird jetzt beobachtet, daß billig produzierter Strom nach Frankreich exportiert wird, wo die Preise höher sind. Belgien und Italien fordern einen Preisdeckel auch auf europäischer Ebene. Quelle: NOZ, 2.9.22 „Explodierende Strompreise: Das System kollabiert“

EU-Gaspreisdeckel

In Spanien wurde der Gaspreis gedeckelt, weil die Speicher fast voll sind, die EU höhere Gaspreise zahlt, und sich die LNG-Gastankschiffe dort stauen. (FAZ, 19.10.22)

Der Preisdeckel, den die Kommission vor dem EU-Gipfel vorgeschlagen hat, sieht einen dynamischen Deckel vor, der beim Amsterdamer Leitindex TTF ansetzt. Er sollte nur für den Spotmarkt gelten, also nicht für direkte oder von Brokern vermittelte Geschäfte zwischen Käufer und Verkäufer. Er könnte somit leicht umgangen werden.

Am 21.10.22 haben die EU-Staatschefs einen Gasdeckel im Gashandel und einen Preisdeckel auf die Verwendung von Gas in der Stromerzeugung beschlossen. Eine EU-Gaspreisbremse soll für Unternehmen ab 1/23, für priv. Haushalte aber ab 3/23 kommen. Sowaas kann aber nur vorübergehend bezahlt werden und das Angebot bleibt trotzdem knapp. **Deshalb verfestigt sich die Inflation und die Gaspreise steigen langfristig weiter.** Auch einen durch EU-Schulden finanzierten Fonds zur Bewältigung der Energiekrise bringen die Staatschefs als möglichen Teil der Lösung ins Spiel, haben das aber nicht beschlossen. Frankreich und Italien hatten sogar einen EU-Solidaritätsmechanismus“ gefordert.

Die südeuropäischen Staaten können auch mit einem Gaspreisdeckel noch auf genug Lieferungen hoffen, Deutschland wird dann Energieengpässe bekommen. Außerdem hat Deutschland mit der EEG-Umlage ein sofort funktionierendes Abrechnungssystem, mit dem Übergewinne aus billigen Energiegestehungskosten (durch die Merit-Order-Preisbildung) zurückgehalten werden können und um sie dann ins Doppelwumms-Paket umzuleiten. Auch die EU will die Übergewinne über 180 Euro/MWh abschöpfen.

Der Ministerrat kann anders als der Rat mit qualifizierter Mehrheit entscheiden. Deutschland könnte also überstimmt werden. Der Bundeskanzler verwies darauf, die Chefs hätten sich verständigt, das in diesem Fall nicht zu tun. (FAZ. 22.10.22)

Umstritten blieb dann beim Treffen der EU-Energieminister ein fester europaweiter Gaspreisdeckel, den etliche Länder fordern, andere wie auch Deutschland aber ablehnen.

Wirtschaftsminister Robert Habeck zeigt sich lediglich für eine dynamische Preisobergrenze offen. Die soll nur für kurze Zeit gelten und extreme Preisausschläge am Gasmarkt verhindern helfen.

Für Frankreich zählen diese Bedenken nicht. Ministerin Agnes Pannier-Runacher sprach sich dafür aus, verschiedene Mechanismen voranzutreiben: "Es sind unsere Industrien, die destabilisiert werden und die nicht mehr im internationalen Wettbewerb bestehen können.

<https://www.tagesschau.de/ausland/eu-energieminister-gipfel-101.html> 25.10.22

LNG-Terminals

Die Kritik an der neuen Berliner Gaspolitik mit LNG-Terminals entzündet sich vor allem am Umfang der Ausbaupläne. Die Reduzierung des Gasverbrauchs, die Förderung von Wärmepumpen und mehr Gebäudedämmung treten dadurch hinter dem massiven Infrastrukturausbau zugunsten fossiler Erdgasimporte zurück. Auf dem Weltmarkt wird LNG noch über Jahre hinaus knapp und sehr teuer sein. Der deutsche Importsog wird weniger zahlungskräftige Länder aus dem Markt drängen. Sie sehen sich dann Energiekrisen gegenüber oder kehren zur Kohle zurück.

Ein großer LNG-Tanker befördert ca. 170.000 Kubikmeter LNG. Das sind nach der Regasifizierung im gasförmigen Zustand, ca. 0,1 bcm Erdgas. Der Erdgasverbrauch Deutschlands liegt bei etwa 90 bcm pro Jahr oder umgerechnet knapp 0,25 bcm pro Tag. Der Gasbedarf Deutschlands könnte also rechnerisch allein durch die Ladung von 900 LNG-Tankern pro Jahr oder 2-3 LNG-Tankern pro Tag gedeckt werden.

LNG-Tanker liefern mittlerweile 40% des international gehandelten Erdgases.

Berücksichtigt man allerdings auch nationale Lieferströme, fällt der Marktanteil von LNG auf 14% des globalen Erdgasangebots. China überholte im letzten Jahr Japan als größter Importeur.

Die größten Exporteure sind Australien, USA und Qatar. Qatar und die USA bilden ein Duopol, dessen Marktanteil von heute 39% bis 2030 auf 50% steigen könnte.

US-Exporteure orientieren sich an den Henry-Hub-Preisen, also dem amerikanischen Preis für Erdgas im US-Binnenmarkt. Qatar wiederum besteht auf der Ölpreisbindung der LNG-Tarife, da dies die Situation in Asien am besten darstellt. Europas Gaspreise sind jedoch stark am Spotpreis der TTF orientiert. Diese drei Preismarker liegen im Moment weit auseinander.

Die Ära billigen Schiefergases geht jedoch zu Ende. Nachdem die Preise lange zwischen 6-12 €/MWh pendelten, legen sie inzwischen parallel zu den wachsenden LNG-Exporten, höherem Binnenverbrauch und schrumpfenden Investitionen in der Schiefergasbranche immer schneller zu.

Erste nicht realisierte Pläne für ein LNG-Terminal in Wilhelmshaven gab es schon in den 1970er Jahren. Am 19.7.2022 wurden die Planungen geändert. In Wilhelmshaven sollen 4 Terminals, Brunsbüttel und Stade je 2 Terminals und Lubmin 2 Terminals, überwiegend auf Schiffen (FSRU) errichtet werden. Die deutsche Regierung hat durch die Vermittlung von RWE und Uniper mittlerweile 4 FSRU geleast mit einer Kapazität von zusammen mindestens 20 bcm/a. „Die Investitionen sind klar überdimensioniert“, warnt der Berliner Thinktank Agora Energiewende.

Die aktuellen Ausbaupläne der EU zielen auf eine zusätzliche Importkapazität via Pipelines und LNG von 160,2 bcm/a.

Neue Tanker sind ebenfalls knapp: Die Werften sind auf Jahre hinaus bereits ausgebucht. Die Charraten für LNG-Tanker sind dementsprechend stark gestiegen. Da 2023 neue Emissionsgrenzen für Seeschiffe in Kraft treten, könnte das Tankerangebot zusätzlich sinken.

Ein Verzicht auf Umweltverträglichkeitsprüfungen für die FSRU sei nicht mit Europarecht vereinbar. Das sei nur für Ausnahmefälle und einzelne Projekte zulässig und auch nur dann, wenn die UVP sich nachteilig auf den Zweck des Projekts auswirken. Das wird jedoch nicht belegt.

Eine Laufzeit der LNG-Terminals wird durch das LGG mit dem Umbau auf Wasserstoffimporte erst nach 2043 vorgeschrieben. Große Umbauten an den deutschen LNG-Terminals könnten aus klimapolitischer Sicht nur dann vermieden werden, wenn weiterhin LNG importiert wird, dann allerdings "Grünes LNG".

Füssiger Wasserstoff benötigt eine Infrastruktur für wesentlich tiefere Temperaturen als LNG.

Die ersten Pilottransporte zwischen Australien und Japan mit dem relativ kleinen Tanker Suiso Frontier, dem ersten LH2-Tanker der Welt, verliefen nur teilweise erfolgreich. Ende Januar brach bei der Beladung ein Feuer aus.

Normale LNG-Terminals **können nicht sinnvoll auf Wasserstoff umgerüstet werden.**

LH2 hat eine weitaus geringere Dichte als LNG. In einem Standard-Tank von z.B. 57.000 Kubikmeter können daher 26.000 Tonnen LNG, aber nur 4050 Tonnen LH2 gespeichert werden. Zwar ist der Heizwert (je Masseneinheit) von LH2 mehr als doppelt so hoch, aber das reicht nicht aus, um den Dichtenachteil auszugleichen. In einem Tankbehälter kann daher mit LNG eine 2,3fach höhere Energiemenge gespeichert werden als mit LH2.

Die Rohrleitungen können nicht weiter verwendet werden, da sie in einem LNG-Terminal nicht vakuumisoliert sind. Bei LH2 würde sich flüssiger, leicht entflammbarer Sauerstoff an der äußeren Oberfläche bilden. Auch das Pumpensystem muss modifiziert werden. Bei den Kompressoren (Boil-o Gas) stellen die Betriebstemperaturen von minus 250 Grad für LH2 (statt -163 Grad bei LNG) ein schwer überwindbares technisches Hindernis dar.

Ein LNG-Tank muss für den Einsatz mit LH2 mit großem Aufwand angepasst werden, v.a. das Dämmmaterial an der Innenwand. Die Dämmung eines LH2-Tanks müsste etwa 10fach besser sein als die Dämmung eines LNG-Tanks, um die Boil-O Rate (Abdampftrate) auf dasselbe Niveau zu bringen. Üblicher Nickel-Stahl könnte spröde werden. Stattdessen müsste spezieller rostfreier Stahl (z.B. 304L/316L) für LH2 verwendet werden.

Idealerweise sollten Landterminals in der Nähe eines Kraftwerks oder eines Industriebetriebs gebaut, um deren Abwärme zu nutzen bzw. um Kälte zu liefern.

Bei der Verbrennung von 1 kg Erdgas (ca. 1,4 Kubikmeter) entstehen 2,7 kg CO₂. Die **Vorkettenemissionen** sind darin noch nicht enthalten. Im deutschen Strommix sieht das UBA den CO₂-Emissionsfaktor von Erdgas beim Brennstoffeinsatz bei 201g CO₂ je kWh Wärme; beim Stromverbrauch sind es 399g CO₂ je kWh Strom.

Schon bevor LNG als Erdgas die Verbraucher erreicht, sind jedoch in der Lieferkette bereits erhebliche Emissionen entstanden:

- Erdgas wird bei der Förderung abgefackelt (Flaring)
- Methan entweicht bei der Erdgasförderung geplant (Venting)
- Methan entweicht ungeplant (Leckagen, unvollständige Verbrennung)
- Der Energieaufwand bei der Förderung und beim Inlandtransport von Erdgas
- Der Energieaufwand bei der Verflüssigung von Erdgas zu LNG
- Der Energieaufwand beim Transport von LNG per LNG-Tanker
- Der Energieaufwand bei der Regasifizierung des LNG
- Energieaufwand und Methanemissionen bei der Verteilung von Erdgas im Leitungsnetz
- Energieaufwand und Methanemissionen bei den Verbrauchsstellen selbst

Regelmäßig können z.B. entlang algerischer Gaspipelines und Gasanlagen große Methanwolken erfasst werden. Ein Leck im Mai 2022 emittierte 118 Tonnen Methan pro Stunde. Acht dieser Lecks würden dieselbe Klimabelastung (CO₂e) erzeugen wie ganz

Deutschland (GWP20 mit Faktor 87). Kleinere Lecks emittieren Methan nicht selten über Jahrzehnte hinweg, ohne jemals abgedichtet zu werden.

Eine aktuelle Studie des Rocky Mountain Institute (RMI) kam zu dem Ergebnis, dass Russland, Turkmenistan und die USA (Texas) die Öl- und Gasfelder mit den höchsten Methanemissionen betreiben. Eine Metastudie sieht die Vorkettenemissionen von Erdgas, das mit LNG-Tankern geliefert wird, bei umgerechnet 58-148 gCO₂e/kWh. Der Durchschnitt liegt bei 83 gCO₂/kWh. Die Betrachtung der Vorkette endet hier im Zielhafen. Vermutlich liegen die tatsächlichen Emissionswerte noch höher.

Quelle: LNG-Terminals in Deutschland Notwendiges Kriseninstrument oder Trojanisches Pferd der fossilen Gaswirtschaft?

von Dr. Steffen Bukold (EnergyComment) im Auftrag von Greenpeace Deutschland e.V., Juli 2022

<https://act.gp/3JgSlsB>

AKW-Verlängerung

Die Ministerien für Wirtschaft und für Umweltschutz haben einer Laufzeitverlängerung in Deutschland bereits nach eingehender Prüfung eine Absage erteilt. Kurzfristig kann die Atomkraft keine Abhilfe gegen Engpässe in der Energieversorgung leisten.

Die 3 verbliebenen AKWs müssten Sicherheitsprüfungen durchlaufen, die schon seit 3 Jahren überfällig sind. Diese Tests müssen eigentlich alle zehn Jahre stattfinden. Der letzte wäre turnusgemäß 2019 gewesen. Da die Anlagen eh Ende 2022 vom Netz gehen sollen, wurde eine Ausnahmeregelung erteilt. Unerkannte Defizite sind angesichts der überfälligen Sicherheitschecks nicht auszuschließen.

Die Brennelemente sind fast aufgebraucht. Die Beschaffung neuer Brennelemente dauert normalerweise bis zu zwei Jahren. Ein Weiterbetrieb würde nur im sogenannten „Streckbetrieb“ funktionieren, mit dem die Kraftwerke zwar länger, dafür aber mit geringerer Leistung laufen könnten. Für den Weiterbetrieb fehlt Personal und für den anfallenden Atommüll müssten die Betreiber zusätzlich 2,5 Milliarden Euro als Deckungsvorsorge aufbringen.

Mehr als die Hälfte der französischen Reaktoren (29 von 56) stehen still. Dadurch sind statt 64 GW Leistung nur 30 GW am Netz. Sie müssen wegen Korrosions- und Abnutzungsschäden repariert und gewartet werden – darunter nicht nur die älteren, sondern auch jüngere AKWs. Der Bau neuer AKWs dauert oft 20 Jahre, manchmal sogar noch länger. Frankreich plant jetzt den massiven Ausbau der Atomenergie und die Verstaatlichung des Energiekonzerns EDF. Windkraft an Land wird quasi aufgegeben, die Ausbauziele halbiert. Vielleicht auch, weil die Windkraftgegner in Frankreich unter anderem von Brigitte Macron, der Ehefrau des Präsidenten, prominente Unterstützung erhalten. In Frankreich wird viel mehr als in Deutschland mit Strom geheizt, was regelmäßig zu Verbrauchsspitzen führt. Akkreditierte Unternehmen fahren dann freiwillig Lasten herunter und erhalten dafür eine Entschädigung.

Der Weiterbetrieb von Atomkraftwerken (oder gar der Bau neuer Kraftwerke) würde zudem dazuführen, dass Erneuerbare-Energien-Anlagen öfter abgeregelt werden müssten und so erhebliche Ökostrommengen verloren gingen. Durch ihre unflexible Fahrweise blockieren Atomkraftwerke die Einspeisung von Ökostrom.

Quelle: Agentur für Erneuerbare Energien e.V., 06/22, Metastudie "Ein erneuerbares Energiesystem für Deutschland ohne Atomkraft"

<https://www.sonnenseite.com/de/politik/atomlaufzeiten-akw-verlaengerung-nicht-genehmigungsfaehig/> 29.7.22

“energiezukunft“ Heft 31/2021 <https://www.energiezukunft.eu/politik/frankreich-richtet-energiepolitik-neu-aus/>

Mit einem Durchschnittsalter von mehr als 35 Jahren sind französische Atomreaktoren keine zuverlässige und günstige Quelle europäischer Stromproduktion mehr. Für die neuen EPR-Reaktoren gibt es derzeit kein verbindliches Datum für ihre Inbetriebnahme. Von den bis zu sechs in Frankreich geplanten Reaktoren sollte der erste, Flamanville 3 mit einer Leistung von 1.650 Megawatt, ursprünglich 2012 ans Netz gehen und 3,4 Milliarden Euro kosten. Zuletzt hatte EDF eine Inbetriebnahme für Mitte 2023 in Aussicht gestellt und Baukosten um 12,5 Milliarden Euro genannt. Es gibt Schätzungen, wonach es 10-20 Jahre dauern könnte, bis Frankreich seinen Strombedarf wieder vollständig selbst decken kann. In Frankreich sind vor dem Hintergrund die Großhandelspreise für Strom noch stärker gestiegen als anderswo und liegen derzeit um bis zu zehn Cent je Kilowattstunde über den Preisen in Deutschland. Das Atomland Frankreich hat heute die höchsten Strompreise in ganz Europa. Und es füllt seine Lücke auch durch die verstärkte Nutzung seiner Gaskraftwerke – mit Gasimporten unter anderem aus Deutschland.

Quelle: <https://www.klimareporter.de/strom/wer-hohe-strompreise-in-deutschland-verstehen-will-muss-eher-nach-frankreich-schauen-als-nach-russland> , 18.8.22 von Tim Meyer

56% der 56 französischen Atomkraftwerksleistung sind abgeschaltet, weil erhebliche Sicherheitsrisiken mit Rissen in den Kühlleitungen entdeckt wurden. Zum anderen, weil in diesem Hitzesommer viele Atomkraftwerke die warmen Flusstemperaturen und der Niedrigwasserstand eine Kühlung nicht mehr erlauben. Bisher ist ein französischer Blackout nur mit Ökostromlieferungen aus Deutschland verhindert worden. Präsident Selenski will nun Strom nach Europa exportieren, um Einnahmen zu generieren. Über 50% des Stroms in der Ukraine kommt aber aus den Atomkraftwerken. Quelle: Hans-Josef Fell <https://www.sonnenseite.com/de/politik/politiker-die-nicht-lernen-wollen/> 8.8.22

Der Geschäftsführer des TÜV-Verbandes, Joachim Bühler (ein Politikwissenschaftler und früher Referent eines SPD-MdB), hat dagegen keine Sicherheitsbedenken. Er hält sogar eine Wiederinbetriebnahme der zuletzt stillgelegten AKW Brokdorf, Grohnde und Gundremmingen C für unbedenklich.

Der FDP-Energiepolitiker Michael Kruse forderte einen „Kernenergiegipfel“ von Bundesregierung und AKW-Betreibern, um Sicherheitsfragen und die Bestellung von Brennelementen zu klären. Er brachte Laufzeiten bis zum Frühjahr 2024 ins Spiel. Der bayerische Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler) forderte jüngst eine Wiederinbetriebnahme des stillgelegten Reaktors Gundremmingen C nahe Augsburg. „Wir brauchen Gundremmingen, um die Versorgungssicherheit mit Strom und das Einsparen von Gas zu ermöglichen“, sagte Aiwanger.

Quelle: <https://www.klimareporter.de/strom/akw-verlaengerung-nicht-genehmigungsfahig>

Das letzte Atomkraftwerk Baden-Württembergs, das GKN II in Neckarwestheim wurden bei der jüngsten Revision 17 neue Risse gefunden worden. Seit 2018 schwelt dort ein Streit um damals 300 entdeckte Risse in den Rohren der vier Dampferzeuger. Zu undichten Stellen an Heizrohren sei es in der gesamten Betriebszeit der Anlage noch nie gekommen. Die Sicherheit sei deshalb gewährleistet.

Die Rohre dienen der Kühlung des Reaktors. Die vier Dampferzeuger mit zusammen 16 400 Rohren bilden einen Sekundärkreislauf, der dem radioaktiven heißen Wasser aus dem Primärkreislauf die Hitze entzieht. Die Rohrwände müssen dabei extrem hohen Druck aushalten, zugleich aber müssen sie sehr dünn sein, damit die Hitze gut aufgenommen werden kann. Entstanden sind die Risse, weil nach einem Leck in einem Kondensator Wasser in die Rohre der Dampferzeuger gekommen ist, das eine andere chemische Zusammensetzung besaß und die Rohre angegriffen hat.

Quelle: <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.debatte-um-atomkraft-sicherheit-neue-risse-im-kernkraftwerk-neckarwestheim-entdeckt.819661b9-1138-423f-ade3-ffac1ed111e8.html>

12.7.21

Tiefengeothermie

Sie vor kurzem diskutierte Abschaffung von Subventionen für Kleinwasserkraft und Bioenergie wurde wieder zurückgenommen. Auch eine Offensive für den Ausbau von Geothermie ist nicht sichtbar. Die Potentiale der Tiefenerdwärme für Strom und Wärme sind sehr groß. Durch die Nutzung der Tiefengeothermie im Wärmesektor könnten jährlich 41 Mio. Tonnen CO₂ eingespart werden. Zusammen mit der Energie können auch große Mengen Lithium für die Batterieproduktion gefördert werden. Die Regierung sollte den Marktzugang für Geothermie-Projekte erleichtern und die derzeit bestehenden Investitionsbarrieren abbauen.

Quelle: Hans-Josef Fell, 15.7.22, <https://www.sonnenseite.com/de/energie/heimische-tiefengeothermie-koennte-60-der-russischen-erdgasimporte-ersetzen/>

Dürre

Kaum ein anderes Land hat in den letzten beiden Jahrzehnten soviel Wasser verloren wie Deutschland. 2,5 Kubikkilometer Wasser verliert Deutschland im Jahr, womit das Land zu den am schnellsten austrocknenden Regionen der Welt gehört.

Zum einen nimmt bei höheren Temperaturen die Verdunstung zu. Zum anderen verteilen sich die Niederschläge ungleichmäßig. Inzwischen ist es fast schon normal, dass es nach wochenlanger Trockenheit Starkniederschläge gibt. Das Problem: Die ausgetrockneten Böden können nur sehr schlecht Wasser aufnehmen. Es fließt daher zu großen Teilen ungenutzt und ohne ins Grundwasser einzudringen über Bäche und Flüsse oberirdisch ab. Gräbt man etwas tiefer, um einen Eindruck von den Böden bis zu einer Tiefe von 1,80 Meter zu bekommen, herrscht nach diesem Maßstab immer noch mindestens eine schwere Dürre, wobei für weite Landesteile eher eine der beiden höheren Warnstufen (extreme Dürre und außerordentliche Dürre) angezeigt werden. Langfristig, das zeigen auch die Erhebungen des Leipziger Monitors, nehmen die Dürrejahre eindeutig an Zahl und Intensität zu. Die Intensität der Dürren 2019 und 2020 wurde zu keiner Zeit vorher erreicht.

Quelle: <https://www.heise.de/tp/features/Alarmierender-Befund-Deutschland-trocknet-aus-7265105.html> 18.9.22

Wir stehen vielerorts an einem Kippunkt im Landschaftswasserhaushalt. Anders als bisher drückt das Grundwasser durch den gesunkenen Grundwasserstand an vielen Stellen nicht mehr nach oben und speist Bäche und Flüsse (exfiltriert), sondern das Wasser der Fließgewässer versickert nun in den Untergrund (infiltriert). Als Folge dieser Druckumkehr können Schadstoffe ins unterirdische Nass eindringen. Denn in den Bächen und Flüssen fließen nicht nur Regen- und Quellwasser, sondern auch die Abläufe von Kläranlagen. Wir reichern das Grundwasser zunehmend mit Abwasserinhaltsstoffen an –

mit Resten von Medikamenten, Haushaltschemikalien, künstlichen Süßstoffen und anderen Schadstoffen.

Durch die Umkehr der Fließrichtung zwischen Oberflächenwasser und Grundwasser trocknen Feuchtgebiete aus. „Da alle aktuellen Studien in großen Teilen der Erde weitere Rückgänge der Grundwasserstände vorhersagen, wird sich das Problem in Zukunft noch weiter verstärken.“

Quelle: Uni Koblenz-Landau <https://www.sonnenseite.com/de/umwelt/sinkt-das-grundwasser-versickern-baeche-und-fluesse-und-verschmutzen-das-trinkwasser/> 30.8.22

Fischsterben an der Oder

Fast 250 Tonnen Fische starben in der Oder und wurden am Ufer eingesammelt. Nach dem massiven Fischsterben an der Oder wurde vom Berliner Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei eine giftige Algenart entdeckt, die in dem Fluss eigentlich nicht massenhaft vorkommen dürfte. Im Flusswasser sei die Mikroalge *Prymnesium parvum* identifiziert worden. Eigentlich lebt *Prymnesium parvum* im Brackwasser von Flussmündungen, wo sich Süß- und Salzwasser vermischen. Unter normalen Bedingungen würde sie sich in einem Fluss wie der Oder nicht massenhaft vermehren können.

<https://www.tagesschau.de/inland/fischsterben-oder-algen-101.html> 17.8.22

Paddler vom Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) haben hinter Glogow in Polen zuerst die toten Fische gesehen. Ein polnischer Politiker habe erfahren, dass in der Zeit vom 29. Juli bis zum 10. August Einleitungen aus einem Absetzbecken in die Oder flossen. Die Abwässer stammen demnach aus Absetzbecken einer Kupferhütte des polnischen Bergbaukonzerns KGHM (KGHM Polska Miedz). Die hohen Salzgehalte, die später auch von deutscher Seite in der Oder festgestellt wurden, könnten hier ihren Ursprung haben.

Quelle: [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de) , 20.8.2022

Polnische Wissenschaftler haben in einem Bericht bestätigt, wonach eine Algenblüte Auslöser für das Fischsterben in der Oder im August war. Dabei waren 221 Wasserproben sowohl in Polen als auch in Deutschland genommen worden. In 78 Prozent dieser Proben habe sich *Prymnesium parvum* nachweisen lassen.

So habe es im Hochsommer fast zwei Monate lang nicht geregnet, was zu einem niedrigen Wasserstand in der Oder geführt habe. Die Wassertemperatur stieg zeitweise auf bis zu 27 Grad.

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/oder-fischsterben-polen-algen-101.html>
29.9.22

UNO-Konferenz zum Schutz der Ozeane

In Lissabon fand die zweite UNO-Konferenz zum Schutz der Ozeane (UNOC) statt. Die Ozeankonferenz, die von Montag, 27. Juni bis 1. Juli in Lissabon stattfand, endete mit der Verabschiedung einer hochrangigen politischen Erklärung. Die UNOC-Erklärung mit dem Titel „Unsere Ozeane, unsere Zukunft, unsere Verantwortung“ erkennt die negativen Auswirkungen des Klimawandels, der Überfischung, der Plastikverschmutzung und des Lärms auf die Weltmeere an. Dieser Appell soll auch als Fahrplan für die Verwirklichung des SDG 14 zur Rettung der Ozeane dienen.

Die Verringerung des Schiffstempos ist die kosteneffizienteste betriebliche Maßnahme, um die Lärmbelästigung deutlich zu reduzieren. Sie ist einfach und sofort umsetzbar. Zudem verringert sie Treibhausgase und Luftschadstoffe, wie auch des Risikos von Kollisionen mit Meeressäugern. Maßnahmen zur Verringerung der Schiffsgeschwindigkeit sollten

verpflichtend sein, um allen Schifffahrtsunternehmen die gleichen Wettbewerbsbedingungen zu geben. Eine verbindliche Geschwindigkeitsbegrenzung in ausschließlichen Wirtschaftszonen ist mit dem Prinzip der Freiheit der Schifffahrt vereinbar.

Viele Regierungen sehen das Problem der Plastikverschmutzung der Meere. Die Notwendigkeit eines Übergangs von einer linearen zu einer stärker kreislauforientierten Wirtschaft wurde allgemein anerkannt. Eine solche Kreislaufwirtschaft sicher vor gefährlichen Chemikalien sein. Ein globales Plastikabkommen, dessen Verhandlung noch in diesem Jahr beginnen wird, fand breite Unterstützung.

Eine Länderallianz gegen Tiefseebergbau wurde durch Samoa, Palau und Fidschi gegründet. Sie hoffen, dass diese Allianz rasch wächst. Tuvalu und Guam bekundeten bereits ihre Unterstützung für die Allianz. Auch Chile hatte zuvor ein 15-jähriges Moratorium für den Tiefseebergbau gefordert, und ähnliche Stimmen wurden von den Föderierten Staaten von Mikronesien und Papua-Neuguinea laut. Der französische Präsident Emmanuel Macron sprach sich während der Konferenz auch entschieden gegen den Tiefseebergbau auf hoher See aus.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/umwelt/meeresschutz-alternativlos-fuer-die-zukunft-des-planeten/> 4.7.22 <https://www.oceancare.org/de>

Meeresplankton

Die Meere und der Ozean sind eine unserer größten Kohlenstoffsinken. Sie nehmen jedes Jahr rund 30% des vom Menschen erzeugten CO₂ auf und ziehen es so aus der Atmosphäre. Das ist vor allem dem Phytoplankton zu verdanken. Die mikroskopisch kleinen Pflanzen nehmen mit Hilfe von Licht und Nährstoffen das Kohlenstoffdioxid auf und geben Sauerstoff wieder ab. Bislang gingen Forschende davon aus, dass sich Phytoplankton kaum selbst bewegt, sondern von der Strömung mitgetrieben wird. Eine Studie unter Leitung des Helmholtz-Zentrums Hereon stellt jetzt Argumente vor, die diese Annahme infrage stellen.

Obwohl Phytoplankton oft nur wenige Meter pro Tag schwimmt beziehungsweise sinkt, es in der Lage ist, mit der „Energiereserve“ aus der Photosynthese im lichtreichen Oberflächenwasser etwa 10 bis 80 Meter tiefer zu gelangen. Dort könne es genügend Nährstoffe aufnehmen, bis es sich wieder aktiv in Richtung Wasseroberfläche bewegt. Dieser Bewegungskreislauf entspräche einer aktiven Kohlenstoffpumpe, die sehr viel effizienter arbeitet als bisher vermutet.

Sollte sich die vertikale Wanderung des Phytoplanktons bewahrheiten, hieße das: Ozeane und Meere nähmen viel mehr CO₂ auf als aktuell angenommen und das auch bei zukünftig steigenden Luft- und Wassertemperaturen. Nach den Berechnungen des Autorenteam, zu dem auch Moritz Mathis vom Helmholtz-Zentrum Hereon und Lan Smith vom Earth SURFACE System Research Center gehören, würden damit bis 2100 etwa 40 Gigatonnen CO₂ pro Jahr mehr aufgenommen werden als von aktuellen Klimamodellen vorhergesagt. Das entspricht dem Sechzigfachen des deutschen Kohlenstoffausstoßes und damit grob 10 Prozent unseres Kohlenstoffbudgets. Das würde das Klimakonto der Welt deutlich nach oben korrigieren. Dafür ist es aber nötig, die wesentlichen Prozesse genau zu kennen, einschließlich der Verhaltensmuster von Kleinstorganismen. Die Überprüfung der Theorie aus der Studie könnte dafür einen entscheidenden Beitrag leisten.

Quelle: Helmholtz-Zentrums Hereon/GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel

<https://www.geomar.de/news/article/nehmen-ozeane-mehr-co2-auf-als-gedacht> 5.8.22

Überschwemmungen in Pakistan

Pakistan wird von extremen Überschwemmungen bedroht. Über die Hälfte des Landes soll betroffen sein. Millionen Menschen seien obdachlos geworden. Die Wasserfluten folgen auf eine extreme Hitzewelle, die Pakistan und Indien im Frühjahr heimgesucht hatte. Pakistan sei da zu einem der heißesten Orte der Welt geworden, mit über 53 Grad Celsius im Süden des Landes.

Nun ist die Lage schlimmer als während der „Superflut“, die das Land 2010 erlebte. Damals wurden rund 20 Millionen obdachlos, und rund 2.000 verloren ihr Leben. Der jährliche Monsun, der in Indien und Pakistan kräftigen Regenfälle mit sich bringt, dauert gewöhnlich von Juni bis September. In diesem Jahr ist die Lage extrem. In Pakistan sind in dieser Monsun-Saison im Schnitt bereits über 350 Millimeter Regen gefallen, mehr als das Dreifache des Normalwerts von 113,7 Millimetern bis zu diesem Zeitpunkt. Im Monat August hat es in der Provinz Sindh im Südosten des Landes sogar achtmal mehr geregnet als normal, in Belutschistan im Südwesten fünfmal so viel. Pakistan besteht insgesamt aus vier Provinzen.

Quelle: <https://www.klimareporter.de/international/ein-monstermonsun> 30.8.22

Riesiger Wärmepool im Pazifik durch Klimawandel

Ein langfristiger, sich weiter erwärmender Warmwasserkörper wurde jetzt von einem Team des Exzellenzclusters CLICCS der Universität Hamburg entdeckt. Er ist drei Millionen Quadratkilometer groß, auf den vom Menschen verursachten Anstieg von Treibhausgasen zurückzuführen und begünstigt extreme Hitzewellen im Nordost-Pazifik.

Dieser Wärmepool wird die Wassertemperatur auch in Zukunft ansteigen lassen und so zu häufigeren und stärkeren lokalen Hitzewellen im Ozean führen.

Eines dieser Phänomene ist als tödlicher „Pacific Ocean Blob“ mit verheerenden Auswirkungen in den Jahren 2014 und 2015 bekannt geworden. Die Produktivität der Ozeane brach ein, giftige Algenblüten traten auf, eine hohe Zahl von Seevögeln und Meeressäugern starb. Zusätzlich beförderte das Ereignis schwere Dürren an der Westküste der USA.

Die jüngste Hitzewelle dauerte ganze drei Jahre an, von 2019 bis 2021, mit einer Wassertemperatur von sechs Grad Celsius über dem Normalwert.

Die Region kühlte im Winter insgesamt weniger ab und der Sommer dauerte im Schnitt 37 Tage länger. Dies führte dazu, dass dort allein in den letzten 20 Jahren 31 marine Hitzewellen auftraten, während von 1982 bis 1999 nur neun auftraten.

Quelle: Universität Hamburg , <https://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/riesiger-waermepool-im-pazifik-durch-klimawandel-verursacht/> 27.6.22

Tauender Permafrost

Eine neue Veröffentlichung und eine interaktive Karte fassen das Wissen über die Gefährdung der Dauerfrostböden zusammen. Auf immerhin 10% der Erdoberfläche beherrscht der Dauerfrost den Untergrund. Vor allem auf der Nordhalbkugel gibt es riesige Gebiete, in denen nur die obersten Zentimeter des Bodens im Sommer auftauen. Der Rest bleibt bis in mehrere hundert Meter Tiefe das ganze Jahr hindurch gefroren.

Die Temperaturen der Landoberfläche haben in diesen Gebieten zwei- bis viermal schneller zugenommen als im weltweiten Durchschnitt. Sowohl an Land als auch im Meer verändern sich die Verhältnisse dadurch deutlich schneller als erwartet. In diesen Kühltruhen der Erde sind die Überreste von zahllosen längst verstorbenen Pflanzen und Tieren eingefroren. Wenn dieses Material auftaut, beginnen Mikroorganismen mit seiner Zersetzung. Dabei wandeln sie die darin enthaltenen Kohlenstoffverbindungen in

Treibhausgase wie Kohlendioxid (CO₂) und Methan (CH₄) um, die dann die globale Erwärmung weiter ankurbeln könnten.

Die Permafrost-Regionen setzen heute schon Treibhausgase in einem Umfang frei, der nahezu den jährlichen Emissionen von Deutschland entspricht. Und wissenschaftlichen Schätzungen zufolge könnten aus ihren Böden in den nächsten beiden Jahrhunderten Gasmengen in die Atmosphäre strömen, die so wirksam sind wie etliche hundert Milliarden Tonnen CO₂.

Es werden dabei auch Schadstoffe wie Quecksilber freigesetzt, die sich in hohen Konzentrationen in Tieren und Menschen der Arktis nachweisen lassen. Dazu kommt, dass die Oberfläche der Permafrost-Regionen wegen der schwindenden Eis- und Schneedecken immer dunkler wird – und sich so durch die Sonneneinstrahlung stärker erwärmt, als es bei den weißen Landschaften früherer Zeiten der Fall war. Diese beiden Effekte zusammen gehören nach heutigen Erkenntnissen zu den wichtigsten Einflüssen, die das Klima der Erde verändern können.

Sollte es gelingen, die globale Erwärmung **unter zwei Grad Celsius** zu halten, würde demnach ein großer Teil der Dauerfrostböden stabil bleiben. „Leider steuern wir im Moment aber auf eine viel stärkere Erwärmung zu“, gibt Moritz Langer zu bedenken. Und die dazu passende Simulation, die je nach Region mit 4 bis 6 Grad Erwärmung rechnet, zeichnet ein düsteres Bild: Bis zum Jahr 2100 hätte das große Tauen dann so gut wie jeden Winkel im Reich des Permafrosts erfasst.

Quelle: Alfred-Wegener-Institut (AWI)

<https://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/tauender-permafrost-beeinflusst-das-weltklima/> 2.7.22

Amazonas-Regenwald

Der Amazonas-Regenwald produziert einen Großteil seiner eigenen Niederschläge durch ein sich selbst verstärkendes System des Feuchtigkeits-Recyclings zwischen Wald und Atmosphäre. Dieses Kreislaufsystem wird durch häufigere Dürren, wie sie bei der derzeitigen globalen Erwärmung, stark beeinträchtigt werden.

Schäden in einer Region greifen auf benachbarte Regionen über, was den Gesamtschaden um ein Drittel erhöhen kann. Am stärksten gefährdet sind die südöstlichen und südwestlichen Randgebiete des Waldes, wo menschliche Aktivitäten wie Abholzung, Entwaldung und Beweidung die Probleme des grünen Riesen noch verschärfen.

Weil der Klimawandel dem Amazonasbecken immer häufigere und schwerere Dürreperioden beschert, könnte der Regenwald in Südamerika Teile seines Regens verlieren – und damit die Basis seiner Feuchtigkeitsversorgung. Sobald es geregnet hat, nimmt der Boden ebenso viel Wasser auf wie die Pflanzen, und beide geben durch Verdunstung und Transpiration eine große Menge wieder ab. Durch dieses atmosphärische Feuchtigkeitsrecycling macht der Wald einen Großteil seines eigenen Wetters und erzeugt bis zur Hälfte der Niederschläge im Amazonasbecken. Auch wenn dieses System hocheffizient ist, hängt es letztendlich davon ab, wie viel Wasser ins System eingebracht wird.

Da fehlender Regen das Wasserrecycling-Volumen stark verringert, wird es auch in den benachbarten Regionen weniger Niederschlag geben, wodurch noch mehr Teile des Waldes unter erhebliche Belastungen geraten. Intensivere Dürreperioden drohen. Das heißt, wenn man einen Hektar Wald abholzt, zerstört man eigentlich 1,3 Hektar.“

Die Klimawissenschaft sagt voraus, dass außergewöhnlich trockene Jahre wie 2005 und 2010 im Amazonasgebiet ab 2050 zur neuen Normalität werden könnten.

Ein großer Teil des Waldes ist noch relativ stabil. Die Netzwerkeffekte von Trockenperioden sind wahrscheinlich auf bestimmte Gebiete im Südosten und Südwesten des Waldes beschränkt.

Quelle: Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK)

<https://www.sonnenseite.com/de/umwelt/weniger-regen-im-wald-amazonas-gebiet-noch-weniger-trockenresistent-als-angenommen/> 5.8.22

PFAS

Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) sind bekannt als gesundheitsschädliche und schwer abbaubare Chemikalien. Von den bekanntesten wie PFOA (Perfluorooctansäure), ist nachgewiesen, dass sie die Leber schädigen und die Fortpflanzung beeinflussen können.

Weil sie so langlebig sind, finden sich PFAS deshalb immer häufiger in der Umwelt. Ein Team aus Forschenden der ETH und der Universität Stockholm suchten in Regenwasser, Böden und Oberflächengewässern auf der ganzen Welt zehn Jahre lang nach vier der bekanntesten PFAS. Konzentration war selbst an abgelegenen Orten wie im Regenwasser auf dem tibetischen Hochplateau so hoch, daß es nicht mehr als sicher gelten kann. Dass sich die giftigen Chemikalien in Regenwasser finden, heisst, dass sie in den hydrologischen Kreislauf gelangt sind. Unter natürlichen Bedingungen zerfallen sie kaum, das heisst, sie reichern sich immer weiter an. Die Konzentration einiger PFAS im Regenwasser ist an manchen Orten höher als der Grenzwert für Trinkwasser in den Industriestaaten.

Dabei suchten die Forschenden nur nach vier der bekanntesten PFAS, nämlich Perfluorooctansulfonsäure (PFOS), Perfluorooctansäure (PFOA), Perfluorohexansulfonsäure (PFHxS) und Perfluorononansäure (PFNA). Die PFOA-Konzentration im Regenwasser lag dabei an allen Messpunkten höher als der derzeitige Grenzwert der US-Umweltagentur EPA für Trinkwasser, sogar in Tibet und der Antarktis.

«Das heisst, Regenwasser zu trinken, ist nach Massstäben der EPA nicht sicher», brachte es Ian Cousins, der Hauptautor der Studie, gegenüber der AFP auf den Punkt. Einige andere Massstäbe, die die Forschenden anlegten, wie die Grenzwerte der der EU oder die dänischen Trinkwasser-Leitlinien, sind weniger streng, wurden aber ebenfalls an vielen Orten überschritten.

Die EPA wurde oft kritisiert, griffige Regelungen für PFAS zu verschleppen und die Gefahr durch ewige Chemikalien nicht ernst genug zu nehmen. Einen grossen Anteil an der Anerkennung von PFAS als giftig und krebserregend hat der US-Anwalt Rob Billot. Er erreichte in jahrelangem Kampf, dass PFOA reguliert wurde. Seit bekannt sei, dass PFAS die Immunantwort von Kindern auf Impfungen reduziere.

Es gibt eine Vielzahl von Anwendungen für PFAS, die seit den 1940er-Jahren eingesetzt werden – von Gitarrensaiten über Teflonpfannen bis zu Feuerlöschschäumen. Die gesamte Stoffklasse der PFAS umfasst zwischen 4500 und 5000 verschiedene Verbindungen, von denen nur wenige genau untersucht sind. Und es kommen fortlaufend neue PFAS dazu. Oft werden sie eingeführt, um inzwischen regulierte Substanzen zu ersetzen. Genutzt werden PFAS überall dort, wo etwas feuerfest, wasserabweisend, fettabweisend oder besonders gleitfähig sein soll, beispielsweise in Skiwachs, Outdoorkleidung und Feuerlöschschäumen. Obwohl von den als gesundheitsgefährdend bekannten PFAS immer weniger produziert werden, nimmt ihre Menge in der Umwelt nicht ab.

Sich überlagernde «Cocktail Effekte» wurden bisher kaum berücksichtigt. Es gibt, zusammengefasst, noch grosse Lücken in den Daten. Diese müssten unbedingt soweit möglich geschlossen werden.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/umwelt/pfas-es-regnet-ewige-chemikalien/>
19.8.22

<https://www.sueddeutsche.de/wissen/umwelt-schaedliche-substanzen-im-regenwasser-1.5632372>

<https://www.infosperber.ch/umwelt/schadstoffe/pfas-es-regnet-ewige-chemikalien/>

Die Ressourcen der Erde sind für dieses Jahr verbraucht

Seit dem 28.7.22 lebe die Menschheit "auf Pump", beklagen Umweltschützer: Was in einem Jahr erneuerbar sei, sei bereits weg. Dieser sogenannte Erdüberlastungstag kommt jedes Jahr früher.

Der diesjährige Erdüberlastungstag liegt früher als im vergangenen Jahr. Im Jahr 1970 überstieg der Verbrauch nach Angaben von Germanwatch zum ersten Mal die vorhandenen Ressourcen, bis 2000 wanderte der Erdüberlastungstag vom Dezember in den September.

Quelle: SZ, 28.7.22 <https://www.sueddeutsche.de/politik/erdueberlastungstag-2022-deutschland-1.5629235>

Klima-Kipppunkte

Die vom Weltklimarat IPCC regelmäßig publizierten Bestandsaufnahmen schätzen den Klimawandel eher ein. In der Ausgabe von "Science" hat ein Team der Universität Exeter, des Stockholm Resilience Centre und des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) die erste umfassende Aufarbeitung der 2008 erstmals beschriebenen Kippelemente des Klimas vorgelegt.

Die Erde hat sich so weit aufgeheizt, daß wichtige Klimasysteme schon jetzt zu kippen drohen. Prozesse, die, einmal in Gang gesetzt, sich selbst beschleunigen, außer Kontrolle geraten und nicht mehr rückgängig zu machen sind, heißen Kipppunkte in der Klimaforschung.

Schon jetzt beginnt der Grönländische Eisschild zu tauen. Schmilzt er komplett ab, stiege der Meeresspiegel um 7,2 Meter an. In der Westantarktis deutet vieles darauf hin, dass die Gletscher zu kollabieren begonnen haben. Im Atlantik gibt es Warnzeichen dafür, daß der Golfstrom zusammenbricht. Außerdem mehren sich die Anzeichen für das rapide Tauen der dauerhaft gefrorenen Permafrostböden im Norden des Globus, die Massen von Treibhausgasen wie Methan und CO₂ freisetzen würden. All diese Kipppunkte, schreibt das Team, könnten bereits jetzt erreicht sein.

Zum ersten Mal haben Forscherinnen und Forscher berechnet, **bei welchen Temperaturen es »möglich« wird, dass die Kipppunkte überschritten werden**, und bei welchen Temperaturen dies sogar »wahrscheinlich« wird. Die Daten zeigen, dass die verschiedenen Punkte zu unterschiedlichen Zeiten erreicht werden. Fünf Kipppunkte sind schon jetzt in riskanter Nähe, weitere fünf könnten bei 1,5 Grad Erwärmung eintreten. Dazu gehören der Kollaps des Golfstroms, der Westeuropa mit warmer Luft und mildem Klima versorgt (der minimale Schwellenwert liegt bei 1,4 Grad), das abrupte Schmelzen des Meereises in der Barentssee nördlich von Russland (1,5 Grad), das komplette Verschwinden von alpinen Gletschern (1,5 Grad) sowie ein Absterben des südlichen Teils der Nadelwälder in Nordamerika (1,4 Grad) beziehungsweise ein Ausdehnen des Waldsterbens in den Norden (1,5 Grad). „Die Erde hat möglicherweise ihren >sicheren< Klimazustand jenseits von 1 °C globaler Erwärmung verlassen“.

Derzeit ist die Welt auf einem Kurs von 2,6 Grad.

Bei noch höheren Temperaturen: Die Becken unterhalb der Gletscher in der Ostantarktis könnten bei zwei Grad instabil werden und das Abschmelzen beschleunigen, der Amazonas bei zwei Grad sich von einem tropischen Regenwald in eine Savannenlandschaft verwandeln. Zudem könnte sich die Sahelregion verändern: Eine Verschiebung des Monsuns würde Dürren in Westafrika häufiger machen und die Sahara begrünen. Bei drei Grad Erwärmung würden die nördlichen Permafrostböden in einem rasanten Tempo auftauen. Für das arktische Winter-Meereis hat das Forscherteam eine untere Grenze von 4,5 Grad errechnet, für den Kollaps der Gletscher in der Ostantarktis eine Temperatur von fünf Grad.

Quelle: FAZ, 14.9.22, Zeit, 15.9.22

<https://www.pik-potsdam.de/de/produkte/infothek/kippelemente/kippelemente>

Mehr Hitzewellen in Westeuropa

Hitzewellen über Europa haben drei- bis viermal schneller zugenommen als in den übrigen nördlichen mittleren Breitengraden, wie etwa in den USA oder Kanada.

In einer Studie wurde untersucht, inwieweit der Jetstream – ein schnell fließendes Windband, das die nördliche Hemisphäre der Erde in etwa 10 Kilometer Höhe von Westen nach Osten umströmt – zu den beobachteten Hitzewellen beigetragen haben könnte. Zustände, in denen sich der Jetstream in zwei Äste aufspaltet – so genannte Doppeljet-Lagen – halten zunehmend länger an. Diese doppelten Jet-Zustände erklären fast den gesamten Aufwärtstrend der Hitzewellen in Westeuropa und etwa 30 Prozent im gesamten europäischen Raum. Diese extremen Hitzeperioden hängen mit doppelten Jetstreams und ihrer zunehmenden Verweildauer zusammen.

Quelle: Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK)

<https://www.pik-potsdam.de/de/aktuelles/nachrichten/mehr-hitzewellen-in-westeuropa-wegen-veraenderungen-des-jetstreams> 7.7.22

In Bayerns Städten werden hunderttausende Bäume gefällt

Der BUND Naturschutz hat eine breit angelegte Befragung in den größten Städten Bayerns durchgeführt, um Baumfällungen zu erfassen. Das Ergebnis unserer Erhebung ist erschreckend.

Insgesamt sind mindestens 165.000 Bäume der Motorsäge zum Opfer gefallen (brutto), zieht man die Nachpflanzungen ab sind es immer noch mindestens 34.560 Bäume (netto) – die Aufschlüsselung nach Städten befindet sich im Anhang. Da die Städte teilweise nur sehr lückenhaftes Zahlenmaterial liefern konnten, liegen die tatsächlichen Zahlen deutlich höher. Nach Schätzungen des BN sind brutto 250.000 bis 300.000 und netto 45.000 bis 50.000 Bäume gefällt worden.

Nachpflanzungen können den Verlust eines alten Baumes nur schwer kompensieren. Eine Linde, der Symbolbaum des BN, wächst beispielsweise 25 bis maximal 50 Zentimeter im Jahr. Es dauert also durchschnittlich rund 25 Jahre bis eine neu gepflanzte Linde eine mittlere Größe von zehn Meter erreicht. In der Stadt wachsen die Bäume meist sogar nur wenige Zentimeter im Jahr, weil sie vom Wurzelwerk her keinen Platz haben, sich zu entfalten.

Der BUND Naturschutz fordert, dem Baumerhalt oberste Priorität einzuräumen. Derzeit haben nur knapp 100 der 2.056 Städte und Gemeinden in Bayern eine Baumschutzverordnung. „Das muss sich ändern, eine Baumschutzverordnung muss gesetzlich verankert werden. Viele Städte führen zudem nur sehr lückenhafte Statistiken über ihren Baumbestand und die Fällungen. Hier muss es verpflichtende Vorgaben geben, ein Baumkataster sollte obligatorisch sein“, fordert Mergner. „Außerdem fordern wir die

Bayerische Staatsregierung auf, die Bayerische Bauordnung so zu ändern, dass die Bäume besser geschützt werden.“

Der BUND Naturschutz hat in München am heißesten Tag des Jahres in Bayern außerdem exemplarisch die Temperatur am Marienplatz, in der baumreichen Valleystraße im Stadtteil Sendling und im Englischen Garten (Nähe Monopteros) gemessen. Die Messungen wurden mit einem Aspirationspsychrometer nach Aßmann durchgeführt. Mit diesem Messinstrument lässt sich die wahre, nicht durch die Sonneneinstrahlung verfälschte Temperatur ermitteln. Am baumlosen Marienplatz betrug die Temperatur 35,1 Grad, in der Valleystraße 33,4 Grad und im Englischen Garten 32,1 Grad. Der BN-Baumexperte Christopher Busch unterstreicht in diesem Zusammenhang: „Grünflächen und Bäume spielen für die Klimatisierung einer Stadt eine wichtige Rolle. Ein ausgewachsener Laubbaum verdunstet an einem heißen Sommertag locker 400 Liter Wasser und kühlt somit seine Umgebung ab. Ein Laubbaum mit 15 Meter Kronendurchmesser kühlt zusätzlich – je nach Sonnenstand – eine Fläche von mindestens 170 m² mit seinem Schatten“.

Um Flächen zuzubauen und zuzupflastern werden immer mehr Bäume gefällt. Die Städte heizen sich dadurch stark auf, eine enorme Belastung für Mensch und Natur.

Quelle: Bund Naturschutz in Bayern e.V. <https://www.sonnenseite.com/de/umwelt/hitze-in-der-stadt-in-bayerns-staedten-werden-hunderttausende-baeume-gefaellt/> 31.7.22

Wärmeversorgung

Die angestaute Wärme im Erduntergrund hat ein großes Potenzial für die Wärmeversorgung der Menschen. Die Hitze könnte mit flachen Geothermiesystemen erschlossen werden und über Jahrzehnte hinweg nahezu den kompletten Wärmebedarf in vielen Regionen der Welt decken. Das zeigt eine neue Studie in der Fachzeitschrift „Nature Communications“.

Etwa zwei Drittel des Energieverbrauchs in deutschen Haushalten gehen laut Umweltbundesamt auf die Raumheizung zurück. Der größte Teil dieser Energie wird durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe erzeugt – eine teure Ressource, die zudem erheblich zum Klimawandel beiträgt. „Bei der Suche nach kohlenstoffarmen Alternativen wurde der Wiederverwertung der Hitze, die durch Urbanisierung, Industrialisierung und Klimawandel im flachen Untergrund angesammelt wird, bisher wenig Aufmerksamkeit geschenkt. In der neuen Studie untersuchte ein internationales Forschungsteam unter Leitung der Dalhousie University in Kanada, ob eine solche groß angelegte Wärmerückgewinnung machbar wäre. Die Forschenden fanden heraus, dass sich bei etwa 50 Prozent aller weltweit untersuchten Standorte bereits Wärme angesammelt hat. Sie berechneten, dass bis zum Jahr 2099 zwischen 73 und 97 Prozent der Regionen in Nordamerika, Europa und Australien ihren jährlichen Heizbedarf mit dieser recycelten Wärme decken könnten.“

Quelle: Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, <https://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/waermeversorgung-wie-hitze-aus-dem-boden-zum-heizen-recycelt-werden-koennte/> 29.7.22

Krankheiten durch Klimawandel

Bei steigenden Temperaturen treten tropische Mücken und Zecken auch hierzulande auf und übertragen Infektionskrankheiten. Die Asiatische Tigermücke breitet sich seit 15 Jahren im Südwesten Deutschlands aus. Zuerst tauchten nur einzelne Exemplare auf, die durch Lkws und Güterzüge vor allem aus Italien eingeschleppt wurden. Mittlerweile finden Forscher:innen aber auch zunehmend Larven und Eier. Das ist ein Zeichen dafür, dass die exotische Stechmückenart, die als potenzielle Überträgerin von Krankheiten wie Denguefieber, Zika oder Chikungunya gilt, sich hierzulande reproduzieren kann und sogar

Kältephasen problemlos übersteht. Eine Etablierung der Asiatischen Tigermücke ist auch großflächig in Deutschland möglich.

Der Japanische Buschmoskito der Krankheitserreger wie das West-Nil-Virus und verschiedene Arten von Enzephalitis-Viren übertragen kann, hat sich demnach bereits flächendeckend in Baden-Württemberg sowie in großen Teilen von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen etabliert.

Auch eine Rückkehr der Malaria sei möglich, warnte der Präsident des Robert-Koch-Instituts, Lothar Wieler. Der Klimawandel führe in Deutschland zu einer Ausdehnung der Lebensräume für Mücken und Zecken.

Bei 218 von 375 Krankheiten – das entspricht 58 Prozent – stellten die Forschenden eine Verschlimmerung der Ausbreitung fest. Lediglich bei 16 Prozent zeigte sich eine zeitweilige Abschwächung.

Quelle: <https://www.klimareporter.de/gesellschaft/krankheitsbeschleuniger-klimawandel>
12.8.22

Übergewinnsteuer

In Spanien gibt es eine Übergewinnsteuer auf Krisengewinne. Für Energiekonzerne und Banken soll sie fortan gelten. Pro Jahr werde der Staat so rund zwei Milliarden Euro einnehmen – der Standard kommt mit seiner Rechnung sogar auf 3,5 Milliarden. Demnach wolle Sánchez rund eine Million Schüler und Studierende, die ein Stipendium zwischen 2200 und 2900 Euro bekommen, mit zusätzlichen 100 Euro pro Monat unterstützen. Spanien führt Übergewinnsteuer ein - und finanziert damit kostenlosen ÖPNV. Es wird eine Obergrenze für Mietsteigerungen geben, die Mehrwertsteuer für Strom sinkt von zehn auf fünf Prozent, Niedrigrenten werden um 15 Prozent angehoben. Auch der Mindestlohn steigt.

Auch in Deutschland gibt es Diskussionen über eine Übergewinnsteuer. SPD und Grüne zeigen sich der Abgabe gegenüber offen - die FDP, allen voran Finanzminister Christian Lindner, ist strikt dagegen. Das Steuerrecht kenne keine Übergewinne, es kenne nur Gewinne, sagte der Finanzminister.

Quelle: FR, 26.8.22 https://www.fr.de/panorama/spanien-uebergewinnsteuer-kostenloser-oepnv-energiekonzerne-banken-91693535.html?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE

CETA

Mit der geplanten Ratifizierung des europäisch-kanadischen Freihandelsabkommens CETA droht eine Paralleljustiz, die von Konzernen ausgenutzt werden kann und demokratisch gewählte Regierungen lähmt.

Insbesondere die ÖDP hat sich im EU-Parlament vehement gegen CETA und TTIP ausgesprochen.

Ende August reiste Bundeskanzler Olaf Scholz zusammen mit Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck nach Kanada. Neben LNG, Wasserstoff und kritischen Rohstoffen ging es wie erwartet auch um CETA. Wenn es nach der deutschen Bundesregierung geht, soll das völlig veraltete Abkommen noch dieses Jahr ratifiziert werden.

Die Einführung von Sonderrechten für Konzerne käme vor allem den Öl-, Gas- und Rohstoffunternehmen zugute. Wenn wir unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen schnell beenden wollen, darf die CETA- Sondergerichtsbarkeit für Investoren auf keinen Fall eingeführt werden.

Um den öffentlichen Druck zu besänftigen, wurde eine Interpretationserklärung zum Investitionsschutzkapitel (Kap. 8) angekündigt, die das Klagerecht auf Fälle der direkten

Enteignung und den Diskriminierungsschutz beschränken sollen. Eine neue juristische Untersuchung im Auftrag des Umweltinstituts zeigt: Dieser Plan funktioniert nicht. Wie das Rechtsgutachten zeigt, wären die vorgesehenen Schiedsgerichte trotz der Auslegungserklärung weiterhin an den Vertragstext gebunden und müssten Unternehmen vor direkten sowie indirekten Enteignungen schützen.

Art. 8.12 Abs. 1 CETA, sowie der Anhang des Kapitels schützen ausdrücklich auch indirekte Enteignungen. Dies kann nicht anders interpretiert werden.

Eine „Interpretationserklärung“ des Gemeinsamen Ausschusses, die den Investitionsschutz auf Fälle direkter Enteignung und Diskriminierung beschränkt, über die Grenzen der Auslegung der CETA-Bestimmungen hinausgehen und faktisch den Vertragstext ändern ist unwirksam.

Quelle: Umweltinstitut München,

http://www.umweltinstitut.org/fileadmin/Mediapool/Downloads/01_Themen/03_Verbraucherschutz/Freihandelsabkommen/CETA/Kurzstellungnahme_CETA.pdf
<http://www.umweltinstitut.org/aktuelle-meldungen/meldungen/2022/freihandel/ceta-interpretationserklaerung-unwirksam.html> 25.8.22

Bundesverfassungsgericht und private Schiedsgerichtsbarkeit

Mit der Debatte um das Transatlantische Freihandels- und Investitionsschutzabkommen (TTIP) wurde festgestellt, die Beilegung von Investitionsschutzstreitigkeiten durch private Schiedsrichter verstoße gegen die Prinzipien demokratischer Selbstbestimmung und rechtsstaatlicher Ausübung hoheitlicher Gewalt. Maßgeblich auch wegen dieser Kritik ist das Abkommen samt dem vorgesehenen Streitbeilegungsmechanismus gescheitert. Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) ist zwar zustande gekommen, doch wurde eine andere Instanz für die Beilegung von Streitigkeiten gewählt, die einem Schiedsgericht zwar ähnelt, aber einen anderen Namen trägt.

Auch der EuGH entschied, daß Investitionsschutzstreitigkeiten innerhalb der EU, also zwischen einem Investor aus einem Mitgliedstaat und einem anderen Mitgliedstaat, ausschließlich vor die staatlichen Gerichte gehören.

Inzwischen hat der EuGH seinen Standpunkt bekräftigt und auf den Energiecharta-Vertrag (ECT) ausgedehnt. Die Mehrheit der Mitgliedstaaten hat alle zwischen ihnen bestehenden bilateralen Investitionsschutzverträge (BITs) gekündigt.

Quelle: Prof. Gerhard Wagner in der FAZ, 11.8.22

Aufruf an die in Karlsruhe tagende Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen

In einem Aufruf "Diese Wirtschaft tötet – Den Schrei der Erde und der Armen hören und die Ketten der Ungerechtigkeit für die ganze Schöpfung lösen (Jesaja 58,6)" an den ÖRK beklagen die Vertreter dieses Aufrufs die Globalisierung mit ihrem Vorrang des Marktes vor der Politik.

Das Gebot der Stunde ist eine globale, sozial eingebettete Nachhaltigkeitsrevolution, damit eine Ökonomie des Genug für alle entstehen kann. Eine solch elementare Kehrtwende ist aber keine Win-Win-Situation. Sie muss im Konflikt mit denen erkämpft werden, die von der herrschenden Ordnung profitieren. Die destruktive Logik der herrschenden Ordnung muss überwunden werden.

„Angesichts dessen, dass rasch gehandelt werden muss, da bald Kipppunkte drohen und die Entwicklung unbeherrschbar und irreversibel wird, erkennen wir: Im Widerstand gegen Situationen, die hoffnungslos und zum Verzweifeln scheinen, enthüllen die

apokalyptischen Schriften der Bibel.“ Sie rufen die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) in Karlsruhe dazu auf, einen Bund gegen die herrschende Weltordnung zu schließen und in Wort und Tat entschiedenen Widerstand zu leisten.
Quelle: <https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/014408.html>, 2.9.22

Neuverschuldung

Im Jahr 2020 ist die Schuldenstandsquote infolge der Corona-Pandemie auf 69,8% gestiegen. Von den 495,8 Mrd. Euro Ausgaben im Bundeshaushalt 2022 sollen 138,9 Mrd. Euro durch neue Schulden finanziert werden. Nach den coronabedingt hohen Neuverschuldungen in den Haushaltsjahren 2020 und 2021 nimmt der Bund damit erneut eine hohe Schuldenlast auf sich, um alle Ausgaben zu finanzieren.

Quelle: <https://www.bundesrechnungshof.de/de/veroeffentlichungen/produkte/beratungsberichte/einzelplaene-jahresuebersicht/bundesrechnungshof-nimmt-bundeshaushalt-2022-unter-die-lupe>

Cum-Ex-Skandal

Die Hamburger Privatbank hatte zwischen 2007 und 2011 Cum-Ex-Aktienhandel betrieben, wie viele Finanzinstitute weltweit. Bei Cum-Ex griffen die Beteiligten in die Staatskasse. Sie ließen sich vom Staat Steuern erstatten, die sie nie gezahlt hatten. Das tat auch die Warburg-Bank. Als das Finanzamt Hamburg 2016 dahinter kam, wollte es erst das Geld zurückfordern: rund 47 Millionen Euro allein für die Cum-Ex-Geschäfte aus dem Jahr 2009. Doch dann änderte die Behörde plötzlich ihre Meinung und ließ die Ansprüche fallen.

Nun stellt sich die Frage, ob sich Hamburger Beamtinnen und Politiker schützend vor die Bank stellten, als das Traditionshaus seine Beute 2016 zurückzahlen sollte. Bislang beteuerten alle Verantwortlichen, eine Einflussnahme auf das Steuerverfahren der MM Warburg habe es nie gegeben.

Kein Geringerer als der damalige Erste Bürgermeister Olaf Scholz empfing Olearius und den Miteigner der Bank, Max Warburg, am 26. Oktober 2016 allein in seinem Amtszimmer. Später sagte Scholz vor dem Untersuchungsausschuss, daß er sich an die Inhalte des Sechs-Augen-Gesprächs nicht erinnere. Scholz soll geraten haben, das Schreiben direkt an Finanzsenator Peter Tschentscher zu schicken. Den Verdacht einer Einflussnahme bestritt er vehement. Der Brief ging tatsächlich noch am gleichen Tag "wegen der Bedeutsamkeit des Vorgangs" per Bote an Finanzsenator Tschentscher. Tschentscher wiederum empfing zwei Tage später die Chefin von Daniela P., die Leiterin des Finanzamtes für Großunternehmen, in seinem Amtszimmer. Laut Kalendereintrag dauerte das Gespräch 30 Minuten.

Am 17. November 2016 kam es zur entscheidenden Sitzung. Das Finanzamt sah daraufhin die Ansprüche aus 2009, rund 47 Millionen Euro, offenbar steuerlich als verjährt an.

Inzwischen zahlte die Privatbank die gesamte Cum-Ex-Beute doch noch zurück. Das Landgericht Bonn verurteilte das Geldhaus im Frühjahr 2019 dazu. Das Urteil, nach dem MM Warburg sich an kriminellen Cum-Ex-Geschäften beteiligt hat und das Geld zurückzahlen muss, ist rechtskräftig.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/investigativ/wdr/cum-ex-warburg-finanzbehoerde-101.html>
28.7.22

Bei den Cum-Ex-Ermittlungen haben Staatsanwälte auch Mails der Büroleiterin von Kanzler Scholz Jeanette Schwamberger untersucht. Laut Unterlagen, die dem NDR und anderen Medien vorliegen, fanden sie ein "potenziell beweishebliches" Dokument. Bei der Durchsuchung des Postfaches stießen die Ermittler auf eine von Schwamberger im April 2021 verfasste E-Mail, die die Staatsanwaltschaft Köln als verdächtig einordnet. Im Zusammenhang mit einer Abfrage des Hamburger Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu Terminen von Scholz zum Thema Cum-Ex, Warburg und mit Bänkern und Politikern hatte die Büroleiterin eine Mail mit Vorschlägen verfasst und an Wolfgang Schmidt geschickt, den jetzigen Chef des Bundeskanzleramtes und damaligen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium.

Die Beschlagnahmung des elektronischen Briefkastens der Scholz-Vertrauten steht im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen den früheren SPD-Bundestagsabgeordneten Johannes Kahrs sowie gegen den früheren Hamburger Vize-Bürgermeister Alfons Pawelczyk und eine Hamburger Finanzbeamtin.

<https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr/scholz-cum-ex-103.html> 17.8.22

Inflation

Die Verbraucherpreise sind im September nach ersten Schätzungen des Statistisches Bundesamts gegenüber dem Vorjahresmonat um 10,0 Prozent gestiegen. Das ist die höchste Teuerungsrate in Deutschland seit 1951.

Verantwortlich für die hohe Inflation im September waren erneut die hohen Preissteigerungen bei Energie und Lebensmitteln. Die Preise für Energie legten laut Statistik um 43,9 Prozent im Vorjahresvergleich zu, die für Nahrungsmittel um 18,7 Prozent. Beeinflusst wurde die Entwicklung unter anderem von Preisanstiegen durch Lieferkettenprobleme und weil dämpfende Maßnahmen wie der Tankrabbat und das 9-Euro-Ticket ausliefen. Für zusätzlichen Kostendruck sorgt die Anhebung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro pro Stunde ab Oktober.

Die Inflation macht alle ärmer, weil die Kaufkraft nachlässt. Einkommen und Ersparnisse von Privatleuten verlieren an Wert, ebenso das Eigenkapital von Unternehmen - Anschaffungen und Investitionen werden verschoben, die Umsätze der Industrie gehen zurück. Wenn nicht gegengesteuert wird, droht eine Rezession. Nach langem Zögern hatte die EZB im Juli die Abkehr von ihrer jahrelangen Ära der Nullzinspolitik eingeleitet und die Zinsen erstmals seit elf Jahren wieder erhöht, und zwar von 0,0 auf 0,5%. Anfang September 2022 hat die EZB erneut eine Zinserhöhung beschlossen: Der Leitzins im Euroraum stieg um 0,75% auf 1,25% und nun auf 2%. Steigende Zinsen sollen bewirken, dass die Menschen mehr sparen und die Nachfrage sinkt. Doch wer jetzt jeden Cent zum Leben braucht, spart auch nicht bei hohen Zinsen.

Die Geldmenge schrumpft, wenn der Staat weniger Anleihekäufe realisiert, also weniger Geld in Umlauf bringt. Doch derzeit wirft der Staat durch Rettungsschirme und Hilfspakete mit Geld nur so um sich, um die Menschen und Unternehmen vor den Folgen der steigenden Preise zu schützen, die es aus eigener Kraft nicht schaffen.

Die Inflation ist sehr breit geworden und betrifft inzwischen praktisch alle Güter und Dienstleistungen. Wenn jetzt auch noch Lohnerhöhungen im bis zu zweistelligen Prozentbereich durchgesetzt werden, könnte auch das die Preise nochmal erhöhen - dieses Phänomen nennt sich Lohn-Preis-Spirale.

Mittelfristig könnte die Inflation also zu einem deutlich schnelleren Ausbau regenerativer Energien vor der eigenen Haustür führen und die Preise in der Zukunft stabilisieren.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/inflation-deutschland-september-101.html> 29.9.22

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/finanzen/inflation-teuerung-erklaerung-101.html>

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/finanzen/ezb-erhoeht-leitzins-101.html> 8.9.22

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/bundesbank-prognose-inflation-101.html>
22.8.22

EU-Klimazoll beschlossen

Das EU-Parlament stimmte in Brüssel im zweiten Anlauf über drei Kernvorschläge des EU-Klimaschutzpakets „Fit für 55“ ab: über das EU- Emissionshandelssystem, den Klima-Sozialfonds und den CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM).

Die Umstellung auf entsprechende klimaneutrale Prozesse wird endlich weltweit in Gang gebracht. So bekommen auch Drittstaaten starke Anreize, strengere Klimaschutzmaßnahmen zu ergreifen.

Das Parlament befürwortet, dass ab 2025 bis 2027 die freien Zertifikate um 10% verringert werden. Ab 2028 soll dann eine Senkung auf 50% und 2029 auf 25% stattfinden. Ab dem Jahre 2030 werden dann keine freien Zertifikate mehr zugeteilt.

Für die Kontrolle der CO₂-Grenzausgleichssteuer wird eine zentrale CBAM-Behörde verantwortlich sein, die Betrugsversuche streng beobachten und ahnden wird. Außerdem konnte in den Text verhandelt werden, dass ein großer Teil der CBAM-Einnahmen für die finanzielle Unterstützung der am wenigsten entwickelten Länder verwendet wird, um diese bei der Dekarbonisierung ihrer Industrie zu unterstützen.

Quelle: <https://www.oedp.de/aktuelles/pressemitteilungen/newsdetails/news/fit-fuer-55>
24.6.22

britische Regierung ist gescheitert

Noch nie hat eine britische Premierministerin ihr Land in so kurzer Zeit in eine so tiefe Krise gestürzt wie Liz Truss in den vergangenen vier Wochen. Eine Krise, von der es sich auch dann nicht mehr schnell erholen dürfte, wenn Truss von der politischen Bühne abgetreten ist.

Mit Truss nach Theresa May und Boris Johnson ist sie nun schon die dritte konservative Regierungschefin, die an der Aufgabe gescheitert ist, die Versprechen des Brexit umzusetzen. Nach May und Johnson hatten die Brexit-Revolutionäre in der Tory-Partei mit Truss diesmal auf die reine rechtslibertäre Lehre gesetzt. Massive Steuer-Erleichterungen für die Reichsten in Kombination mit Deregulierung sollten für märchenhaftes Wachstum trotz Inflation sorgen.

Das Pfund stürzte ab, die Zinsen stiegen in nie gekannte Höhen, die Rentenfonds standen vor dem Kollaps. Die Ankündigung hatte die Börsen in die schwersten Turbulenzen seit Jahren gestürzt und das Pfund auf ein Rekordtief zum Dollar fallen lassen. Gradmesser für die Nervosität an den Märkten und das verlorene Vertrauen in die britische Haushaltspolitik war der Anleihenmarkt. Die Investoren warfen britische Staatsanleihen aus ihrem Portfolio aus Angst, dass das Land seine Schulden in Zukunft wegen der wachsenden Neuverschuldung nicht mehr zahlen könnte. Kein Investor wollte mehr langjährige britische Anleihen haben. Im schlimmsten Fall hätte das zur Insolvenz der Fonds geführt, was wohl eine Finanzkrise ausgelöst hätte.

Deshalb hatte die britische Notenbank Ende September angekündigt, bis zum 14.10.22 im Umfang von bis zu 65 Milliarden Pfund (73,5 Milliarden Euro) laufende britische Staatsanleihen zu kaufen.

Finanzminister Kwarteng war vorgeworfen worden, die Zinserhöhungen der Notenbank im Kampf gegen die hohe Inflation mit seiner lockeren Finanzpolitik zu unterwandern.

Ursprünglich hatte er für zwei Jahre vorgesehen, Haushalte und Unternehmen bei den sprunghaft gestiegenen Energiekosten im Zuge des Krieges in der Ukraine zu entlasten.

Die Kosten dafür wurden auf mehr als 100 Milliarden Pfund (116 Milliarden Euro) geschätzt. Der IWF hat das milliarden schwere Steuersenkungsprogramm der britischen Regierung ungewohnt deutlich kritisiert. DB Bank Research-Chef Jim Reid merkte an, dass Truss den Trend zu einer Neuverschuldung verstärkte, wie dies früher nur bei Kriegen der Fall gewesen war.

Das Scheitern von Truss und ihrem wirtschaftspolitischen Konzept ist vor allem deshalb so besonders spektakulär, weil es ausgerechnet die so vielbeschworenen Märkte waren, die für ihren Untergang sorgten, indem sie die Notbremse zogen.

Wenn Jeremy Warner, einer der Herausgeber des "Daily Telegraph" - ein Blatt, das den Brexit in jeder Form von Beginn an oft fanatisch verteidigt hat -, jetzt in einem Essay zu dem Schluss kommt, die Gegner des Brexit könnten womöglich doch recht gehabt haben und resigniert einräumt, "die Revolution, die die Brexiteers vor sechs Jahren versprochen haben, scheint nun den Weg zu nehmen, den alle Revolutionen irgendwann erleiden; sie endet damit, dass sie ihre eigenen Kinder frisst", dann ist das Vertrauen in die Verlässlichkeit britischer Politik weltweit nachhaltig beschädigt.

Seit Monaten schwelen Arbeitskämpfe in den unterschiedlichsten Branchen.

Die Hafenarbeiter streiken, ebenso wie die Müllabfuhr in Edinburgh, wo während des berühmten Kulturfestivals im August Ratten zwischen verrottenden Müllbergen durch die Stadt liefen. Immer wieder kommt es zu Arbeitsniederlegungen bei der Post, tagelang liegt das Land wegen wiederkehrender Bahnstreiks lahm. Nun gehen auch die Pflichtverteidiger bei Gericht in den Ausstand. Vor allem Neueinsteiger würden nach langwieriger Ausbildung so wenig verdienen, dass sie davon kaum leben können. Bei Beschäftigten im Gesundheitswesen, bei Lehrgewerkschaften, Staatsangestellten und Busfahrern laufen derzeit Urabstimmungen über Streiks oder stehen kurz bevor.

Ein besonderer Schmerzpunkt ist der Gesundheitsdienst NHS. Gesundheitsminister Steve Barclay wurde jüngst während eines Interviews auf offener Straße von einer Passantin beschimpft, weil Krankenwagen wegen überfüllter Kliniken oft stundenlang warten müssen, bis sie Patienten einliefern können: "Menschen mussten sterben und Sie haben nichts getan!", wurde er angeherrscht.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/grossbritannien-truss-torys-101.html> 18.10.22

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/finanzen/grossbritannien-haushaltspolitik-reaktion-maerkte-101.html> 17.10.22

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/grossbritannien-steuersenkungen-iwf-oekonomen-pfund-bank-of-england-101.html> 28.9.22

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/truss-aufgaben-101.html> 6.9.22

Neue Geheimdienstkontrolle

Ein Unabhängiger Kontrollrat (UK-Rat), eine oberste Bundesbehörde, prüft seit Jahresbeginn die elektronische Überwachung durch den BND. In der Bundesregierung gibt es Pläne, wonach der Rat künftig auch für den Verfassungsschutz und den MAD zuständig sein soll. Die Karlsruher Richter halten es für rechtlich zwingend notwendig, dass bei derartigen Grundrechtseingriffen eine vorherige Anordnungskontrolle stattfinden muß. Der Bürgerrechtsverein Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF) hatte mit einer Klage gegen das bayerische Verfassungsschutzgesetz die Entscheidung der Karlsruher Richter erwirkt. Die hat es durchaus in sich: Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass so manche Befugnis der Verfassungsschützer in Bayern verfassungswidrig ist. Vielfach ist der Schutz der Grundrechte wohl nicht ausreichend gewahrt. Bis Ende Juli 2023 muss das

Verfassungsschutzgesetz in Bayern nach der Entscheidung in Karlsruhe nun überarbeitet werden.

Sechs Richterinnen und Richter gehören dem Kontrollorgan an. Geleitet wird der Rat von Josef Hoch, der am Berliner Kammergericht und zuletzt als Richter am Bundesgerichtshof tätig war. Die Kontrolleure dürfen Akten oder Dateien des BND einsehen, haben jederzeit Zutritt zu den Dienststellen und Zugang zu den Computern und Servern des Geheimdienstes, dürfen Mitarbeiter befragen oder schriftliche Auskünfte einholen - und entscheiden darüber, ob eine Überwachungsmaßnahme stattfinden kann oder nicht. Das betrifft zum Beispiel Observationen, Telefonüberwachungen, das Anwerben von V-Leuten, also menschlicher Quellen, oder auch die Datenübermittlung an andere Behörden. Damit könnte die G10-Kommission wegfallen, ein Kontrollorgan bestehend aus unabhängigen, ehrenamtlichen Juristen, die bislang in geheimer Sitzung die technischen Abhörmaßnahmen der Geheimdienste genehmigen. Bislang entscheiden die Verfassungsschützer beispielsweise selbst darüber, wann und wie lange sie eine Zielperson observieren. Früher konnten die Parlamentarier selbst Details der elektronischen Überwachung erfahren. Diese Einsicht ins Operative übernimmt jetzt der UK-Rat. Die Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums können sich von diesem grob informieren lassen.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/geheimdienst-kontrolle-101.html> 14.10.22

<https://www.tagesschau.de/investigativ/wdr/verfassungsschutz-reform-101.html> 29.6.22

EuGH kippt anlasslose Vorratsdatenspeicherung

Die deutsche Vorratsdatenspeicherung ist mit EU-Recht nicht vereinbar. Sie verstößt gegen EU-Recht, entschied der Europäische Gerichtshof. Ohne Anlass dürften die Kommunikationsdaten der Bürgerinnen und Bürger nur unter strengen Voraussetzungen gespeichert werden.

Nur zur Bekämpfung schwerer Kriminalität können die Mitgliedstaaten jedoch unter strikter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit insbesondere eine gezielte Vorratsspeicherung und/oder eine umgehende Sicherung solcher Daten sowie eine allgemeine und unterschiedslose Speicherung von IP-Adressen vorsehen, erklärten die Richter.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesjustizministerium, Benjamin Strasser (FDP), verwies auf das sogenannte Quick-Freeze-Verfahren, bei dem Daten erst gesammelt (eingefroren) werden, wenn ein konkreter Tatverdacht vorliegt. Dies schone die Grundrechte und stelle nicht alle Bürgerinnen und Bürger unter einen Generalverdacht, erklärte Strasser.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/inland/eugh-vorratsdatenpeicherung-101.html> 20.9.22